

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Veretriebs-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltene Zeitzelle oder deren Raum berechnet.

Die Rüstungen des Bundes.

Die Entwicklung der Organisationen in dem laufenden Jahre entscheidet im Prinzip über den Ausgang der für das nächste Jahr bevorstehenden Tarifbewegung. Man verleihe nicht falsch: Kein Mensch kann am Ende dieses Jahres sagen, welchen Ausgang die Bewegung nehmen wird; aber die Kräfte, die an der Gestaltung des Ausgangs den größten Anteil haben, sind dann im wesentlichen gegeben, und ihre Verhältnisse werden dann keine ins Gewicht fallenden Veränderungen mehr erfahren. Die auf beiden Seiten vorhandene Organisationsmacht und die Wirtschaftslage des Baugewerbes sind diese in letzter Linie entscheidenden Kräfte, von ihrem Stande hängt nahezu alles ab; und was sich aus diesen realen Machtverhältnissen ergeben wird, das kann wohl durch die Taktik der Parteien nach beiden Seiten hin modifiziert werden, oft sogar in nicht unerheblichem Maße; aber keiner noch so geschickten Diplomatie könnte es gelingen, dort ein Plus des Erfolges zu schaffen, wo ein Minus an realen Kräften besteht.

Das ist eine von allen urteilsfähigen Leuten begriffene Tatsache, die in jedem Einzelfalle erneut bestätigt wird.

Auch die Unternehmer, die leitenden Personen im Arbeitgeberbunde, haben das begriffen, und sie sind infolgedessen seit dem Abschlusse des großen Kampfes mit vielem Eifer damit beschäftigt, ihrer Organisation ein solches Maß an Kraft zu verleihen, daß sie dadurch das Übergewicht über die Organisationen der Arbeiter erlangt. Zuerst kam der Wehrschuß, beschloffen auf der Nürnberger Generalversammlung im vorigen Jahre, der den Doppelzweck hat, den Bund finanziell auf eigene Füße zu stellen (im Jahre 1910 stümperte er auf den Krücken der Großindustriellen seine mühseligen Wege) und zugleich die Zentralleitung des Bundes mit größerer Macht gegenüber den Unterverbänden auszustatten. Dann kamen die Verhandlungen mit den Materiallieferanten, dann die Konferenz vom 10. Dezember vorigen Jahres mit den übrigen Unternehmerorganisationen des Baugewerbes, die damit endete, daß man ein planmäßiges, gemeinsames Vorgehen gegen die Arbeiter ins Auge faßte, schließlich der Anschluß der Organisation der Betonbauunternehmer an den Bund, der Festigung der internationalen Beziehungen nicht zu gedenken. Alles in allem war das ein ganz respektables Maß von Organisationsarbeit, von dem man um so sicherer eine Stärkung des Bundes erwarten darf, als solche zielbewußten Anstrengungen früher nicht bei ihm üblich waren.

Nun scheint es aber doch nicht so, als ob alle diese Maßnahmen den von der Bundesleitung gewünschten Erfolg gehabt hätten. Die sonst oft vernommenen Meldungen von Mitgliedererwerbungen des Bundes sind seit der Nürnberger Tagung völlig verstummt. In Posen, auf der diesjährigen Generalversammlung des Bundes, ist es in dieser Hinsicht gleichfalls ziemlich kleinlaut hergegangen, und im April erfuh man von einem vertraulichen Rundschreiben des Bundesvorstandes an die Unterverbände, worin dieser eindringlich zu eifriger Agitation ermahnte, daß der Bund im Jahre 1911 einen Mitgliedererwerbungs erlitten habe. Die wichtigsten Punkte jenes Rundschreibens sind diese:

1. Gewinnung neuer Mitglieder. Wie den Bezirksverbänden usw. aus den zur Verwendung im neuen Mitgliederverzeichnis des Bundes eingereichten Nachweisungen selbst bekannt ist, ist der Mitgliederbestand im vergangenen Jahre zurückgegangen. Es muß mit allen Kräften dahin gestrebt werden, daß im Jahre 1912 nicht nur der vorjährige Mitgliederbestand wieder erreicht, sondern noch wesentlich erhöht wird; denn die kommenden Verhandlungen mit den Gewerkschaften infolge Ablaufs der Tarifverträge im März 1913 erfordern einen starken Bund. Wo die Reihen der selbständigen Baugewerbetreibenden 1913 nicht geschlossen sind, dort nützt auch das Zusammenhalten einer größeren Anzahl von Arbeitgebern nicht viel, je mehr

verbände die festgesetzten Beiträge zum Wehrschuß für die von ihnen im März 1911 angegebenen Mitglieder voll zu entrichten haben, auch wenn diese Zahlen zu hoch waren oder wenn inzwischen Mitglieder resp. Ortsverbände ausgeschieden sind.

Hier ist also die Vermutung, daß der Bund an Mitgliedern verloren habe, bestätigt. Wir sind nun auch in der Lage, über die Größe des Verlustes einiges mitzuteilen. Im Jahre 1910 gab der Bundesvorstand die Mitgliederzahl auf 22.000 an. Im Jahre 1911, zur Zeit der Nürnberger Generalversammlung, nannte man 23.249. Ob diese Angaben jemals zutrafen, ist nicht zu sagen, auf jeden Fall treffen sie heute nicht mehr zu. Im März 1912 hatte der Bund 19.213 Mitglieder, was einen Rückgang um 4036 Mitglieder bedeuten würde. Die Bundesleitung will natürlich nicht, daß Näheres über die Mitgliederbewegung bekannt wird; sie hat noch auf der Generalversammlung in Posen keine Ziffern angegeben, sondern sich mit der Bemerkung begnügt, daß die infolge des Wehrschusses erhöhten Beiträge einen kleinen Rückgang der Mitgliederzahl bewirkt hätten. Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, daß die Beitragserhöhung den Rückgang mitterschuldet hat, aber es wäre nicht richtig, in ihr die alleinige oder auch nur wesentlichste Ursache zu sehen. Zu dieser Ueberzeugung kommt man, wenn man sich die Mitgliederbewegung in den einzelnen Bezirksverbänden näher ansieht.

Der Rückgang der Mitgliederzahl ist besonders stark in den Verbänden, die die Herde der wüsten Scharfmacherei waren, jener Scharfmacherei, die den Kampf vom Jahre 1910 herausbeschwor und ihm die für uns so glückliche Parole gab. Vor allem mußte die „Nordwestdeutsche Interessengemeinschaft“ ganz gehörig Haare lassen. So sind seit 1910 zurückgegangen: Der Bezirksverband Unterweser von 3064 Mitgliedern auf 2535, der Bezirksverband Hannover von 1199 auf 965, der „Mitteldeutsche“ unter Lüsschers glorreicher Führung von 895 auf 607, der Bezirksverband für die Rheinprovinz von 1144 auf 811, der Bezirksverband Essen (der Summelpfad der Herren Friß und Schmiedehaus) von 2310 auf 1530, der Bezirksverband Nürnberg von 1104 auf 961, München von 1001 auf 831, der Landesverband Baden von 718 auf 410, der Landesverband Thüringen von 1054 auf 602 usw. Für 23 Verbände liegen uns die Vergleichsziffern für das Jahr 1910 vor, und aus diesen ergibt sich allein für diese 23 Verbände ein Rückgang von 18.475 auf 15.211, also um 3264 Mitglieder. Diesen empfindlichen Verlusten stehen einige Gewinne gegenüber. So ist die Mitgliederzahl im Königreich Sachsen von 964 auf 1386 gestiegen, im Herzogtum Braunschweig von 400 auf 450, im Bergischen Lande von 342 auf 426, in Stettin von 158 auf 403. Das sind die größten Gewinne, die andern bleiben dahinter zurück.

Aus diesen Zahlen kann der Bund viel lernen, wenn er will. Aber er würde sich jede tiefere Einsicht in sein eigenes Wesen verherren, würde er sie nur als die Folge der Beitragserhöhung würdigen. Der Mitgliederverlust ist vielmehr durch die ganze Politik des Bundes in der letzten Kampferiode herbeigeführt worden. Diese Politik beruhte auf der grundsätzlichen Verneinung der Gleichberechtigung der Arbeiter und hatte sich die

Ein heil'ger Geist ward ausgegossen ...

Ein heil'ger Geist ward ausgegossen
In Blumenwundern träumt das Land,
Die über Nacht sich hold erschlossen
Zum duft'gen Erdenbrantgewand.

Ein heil'ger Geist umsprüht mit Funken
Die Wunder, die der Tag gebar,
Er läßt nicht länger mehr im Dunkeln
Der Alltagsnacht den Proletar ...

Ein heil'ger Geist ward ausgegossen
Auch ruft die Not und Qual ans Licht,
Daß sie, in Reihen eng geschlossen,
Trutz bieten ihren Peinigern dreist,
Bis daß die letzte Kette bricht! —

Die Welt durchbraust ein heil'ger Geist! ...

Außenstehende an einem Orte sind, um so leichteres Spiel haben die in den letzten Jahren wieder mächtig erstarkten Arbeitgebergewerkschaften. Die Gewinnung neuer persönlicher Mitglieder ist zwar in erster Linie Aufgabe der Ortsverbände, aber die Bezirksverbände deren Vorsitzende und Geschäftsführer müssen die Ortsverbände fortgesetzt zu lebhafter Werbung anregen. Den Bezirksverbänden wird empfohlen, für das Jahr 1912 einen besonderen Werbeplan aufzustellen. Dem Bundesvorstand ist es erwünscht, die Meinung der Bezirksvorstände darüber zu erfahren, ob sie sich von der Anstellung eines besonderen Werbemaßnahmen des Bundes, der die einzelnen Bezirke nacheinander zu bereisen und im Falle gemeinsam mit dem Bezirksverbandsvorsitzenden in den einzelnen Orten Vorträge zu halten haben würde, Erfolg versprechen, oder ob sich im Bezirk selbst geeignete Kräfte — am besten herbedite Berufsangehörigen — zu diesem Zwecke vorfinden. Baldigen Aufzählungen hierzu steht der Bundesvorstand entgegen. Er wird dann im Falle in der nächsten Sitzung die Anstellung eines Bundeswerbers in Erwägung ziehen.

3. Förderung der Bautätigkeit im Sommer 1912. Es wird den Verbänden, in deren Gebiet die Bautätigkeit im kommenden Sommerhalbjahr ungenügend zu werden verspricht, zur Erwägung gegeben, die Behörden, Architekten, Industriellen — im Falle durch die Zeitungen — darauf hinzuweisen, daß infolge des Ablaufs der baugeverbliebenen Tarifverträge im März 1913 möglicherweise mit längerer Arbeits einstellen im Sommerhalbjahr 1913 gerechnet werden muß, daß es sich also empfehlen dürfte, die beabsichtigten Bauten schon in diesem Baujahre vorzunehmen.

Zu einem weiteren Abseh wird ein Beschluß des Bundesvorstandes publiziert, wonach die Orts- resp. Bezirks-

gewalttätige Unterwerfung der Arbeiter unter den Willen der Unternehmerorganisation zum Ziel gesetzt. Selbstverständlich fanden die Leiter des Bundes mit solchen Ansichten viel Zustimmung unter den Unternehmern; denn die Aussicht, künftig wieder Alleinherrscher im Arbeitsverhältnis zu sein und die Gewerkschaften nur noch als Hilfsorgane des Unternehmerwillens zu dulden, war verlockend genug, um den größten Teil der Bauunternehmer für die Aktionen des Bundes zu gewinnen. Man ging auch unter barbarischem Gebrüll in den Kampf, ertrug keine Beschwerden und tröstete sich mit dem schönen Ziel, das man nach den Versicherungen der Bundesleitung bald und ganz gewiß erreichen mußte. Aber dann kam es anders, erheblich anders, als man sich im Unternehmerrlager gedacht hatte. Das gab der Begeisterung für den Bund einen Stoß. Und die Enttäuschung war um so größer, je mehr vorher die Scharfmacherische Heßphrasen das Feld beherrschten. Statt der erstrebten Ausbeuterfreiheit eine straffe Bindung durch Tarifverträge, die vom Scharfmacherideal ziemlich weit entfernt waren; dazu eine allgemeine Erhöhung der Löhne und als Folge dieses Ausganges ein starkes Anwachsen der Gewerkschaften: da waren dann die erhöhten Ansprüche des Bundes an die Taschen seiner Mitglieder der Tropfen, der das Maß zum Ueberlaufen brachte.

Trotz diesem Verlust von 4000 Mitgliedern möchten wir nicht behaupten, daß der Bund in seiner heutigen Verfassung schwächer sei als im Jahre 1910. Was er durch den Mitgliederverlust an Kampfkraft eingebüßt hat, kann er durch die oben erwähnten Maßnahmen mehr als auszugleichen haben. Und dann ist er ja jetzt sieberhaft bei der Arbeit, auch den Mitgliederverlust wieder auszugleichen, zu welchem Zwecke er sogar die Bestallung eines „bezahlten Heizers“ — um im Tone der Unternehmer zu reden — ins Auge faßt. Wir wollen den Bund durchaus nicht unterschätzen und raten auch den Kollegen, aus diesen Zahlen keine falschen Schlüsse zu ziehen. Es wäre ein arger Fehler, wollten wir darum unsere Rüstungen für das nächste Jahr weniger eifrig betreiben. Wir rüsten weiter! Wir arbeiten mit ungemindertem Fleiße an der Erhöhung unserer Mitgliederzahl, an der Auffüllung unseres „Wehrschages“, an der Durchdringung unserer Mitglieder mit dem Geiste unserer freiwilligen Solidarität, an ihrer Aufklärung über die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes.

Dabei ist es ganz gleich, ob es im nächsten Jahre zum Kampfe kommt, oder ob wir durch eine kampflose Verständigung zu neuen Verträgen kommen. In beiden Fällen wird das Ergebnis der Bewegung in letzter Linie durch das Kräfteverhältnis der Organisationen bestimmt werden. Darum heißt die Parole: Rüstet, rüstet ohne Unterlaß! Worin wir nur dem Beispiele des Bundes folgen, der ja sogar schon auf die Bautätigkeit einzuwirken versucht, um sich eine gute Position für das nächste Jahr zu schaffen. Diese Mahnung, die Bautätigkeit in diesem Jahre künstlich zu steigern, ist äußerst bemerkenswert! Es gibt wohl auf dem ganzen Erdenrund keinen Menschen, der naiv genug wäre, um zu glauben, daß dies aus Rücksicht auf die Bauausstraggeber geschähe. Das ist selbstverständlich ein taktisches Manöver. Und darum läßt es tief blicken. Wir werden den Bund, wenn er es später für nützlich erachtet, von seiner „Friedensliebe“ zu singen und zu sagen, an dieß Manöver erinnern. Für heute wollen wir noch der Agitation des Bundes ein Wort widmen.

Der Bund wird bei seiner Agitation selbstverständlich in hohen Tönen von seiner Macht reden. Und wo er sich gezwungen sieht, etwas über seine Mitgliederzahl zu sagen, wird er natürlich so tun, als seien seine 19213 Mitglieder durchweg Unternehmer des Baugewerbes. Das ist nicht wahr. Die Mitglieder des Bundes repräsentieren:

Keine Mauereibetriebe	5608
Betonbaubetriebe	392
Tiefbaubetriebe	85
Genüßliche Baubetriebe	4742

Keine Zimmereibetriebe	2678
Steinereibetriebe	117
Dachdecker, Klempner, Schloffer, Tischler usw.	2721
Baumaterialienlieferanten	900
Sonstige Betriebe	1970
Gesamt	19213

Es ist also eine sehr buntfarbige Gesellschaft, die im Bunde vereint ist. Rund 5000 von den Mitgliedern des Bundes kommen als Arbeitgeber für die Bauarbeiter nicht in Betracht; viele von ihnen stehen nur in den Mitgliederlisten, weil sie von den Bauunternehmern abhängig sind und darum gezwungen werden, dem Bunde einen klingenden Tribut zu zahlen.

So stehen die Dinge. Unsere Mitglieder mögen da, wo sie Gelegenheit haben, die Agitation des Bundes zu beleuchten, diese Zahlen benutzen, sie werden jeder Prüfung auf ihre Richtigkeit standhalten. Und wenn der Bund sie als falsch bezeichnen sollte, so sprechen wir uns weiter!

Vom Zentralschiedsgericht.

Die hier zu besprechende Angelegenheit gehörte eigentlich in den vorausgehenden Artikel; denn eine Klärung, wenn auch eine Klärung besonderer Art, ist es gleichfalls, was jetzt der Arbeitgeberbund und der Gewerkschaften über die letzte Zusammenkunft des Zentralschiedsgerichts erzählt. Der Bund versandte folgende Mitteilung:

Bekanntlich ist beim Abschluß der großen Kämpfe im Baugewerbe im Sommer 1910 ein Hauptvertrag zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und den Zentralverbänden der Bauarbeiter abgeschlossen, durch den ein Zentralschiedsgericht eingesetzt ist, das Berufungen gegen Urteile der unteren Tarifvertragsinstanzen und grundsätzliche Tarifvertragsangelegenheiten entscheiden soll. Es besteht aus 5 Unparteiischen, 4 Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern. Dem geschäftsführenden Unparteiischen liegt es nach der Geschäftsordnung des Zentralschiedsgerichts ob, die Termine der Sitzungen anzubereiten. Der letzte Sitzungstag in Berlin stattfand am 12. Mai dieses Jahres in Berlin stattfand, haben nun die beiden sozialdemokratischen Gewerkschaften, der Deutsche Bauarbeiterverband und der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, nicht Folge geleistet. Außer den Unparteiischen (Gewerkschaftsdirektor Dr. Wenner-München, Beigeordneter Rath-Essen, Gewerkschaftsdirektor v. Schulz-Berlin, Magistratsrat Wählings-Berlin) hatten sich nur die Vertreter des Arbeitgeberbundes und des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter eingefunden, so daß in die Verhandlungen nicht eingetreten werden konnte. Das Verhalten der sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände ruft in den Kreisen der Bauarbeiter große Empörung hervor.

Die ihm willige Presse ist verständnisvoll über den fetten Bißsen hergefallen und hat die Sache so dargestellt, als hätten die beiden sozialdemokratischen Verbände mit ihrem Fernbleiben von jener Zusammenkunft das ganze Zentralschiedsgericht und was ihm anhängt „in Scherben schlagen“ wollen. Es leuchtet uns sehr wohl ein, daß es dem Bunde nicht unlieb sein könnte, wenn es so wäre, das heißt, wenn die Verbände der Bauarbeiter und Zimmerer mit ihrem Fernbleiben eine Demonstration gegen das Schiedsgericht, gegen die Unparteiischen oder gegen sonst wen beabsichtigt hätten. Davon aber kann gar keine Rede sein, wie nicht nur die Unparteiischen, sondern auch die Unternehmereigentümer im Zentralschiedsgericht wissen. Damit fallen all die Folgerungen glatt zu Boden, die die Unternehmerpresse an den Vorgang knüpfte. Wir hätten wahrhaftig nicht für möglich gehalten, daß der Bund aus diesem Anlaß Kapital schlagen würde; denn hätten wir das beabsichtigt müssen und hätten wir eine solche Skrupellosigkeit für möglich gehalten, dann hätten wir schon viel früher den Bundesvorstand der Obstruktion gegen das Zusammentreten des Zentralschiedsgerichts zeihen können. Die „Empörung“ der Herren vom Bundesvorstand ist daher völlig ungerichtet. Die Herren wissen, daß vorher ein anderer Zeitpunkt für die Sitzung ins Auge gefaßt worden war. Aber der vorgesehene Termin mußte verschoben werden, weil sich die Verhandlungen in der Organisation des Schiedsgerichts durch die Schuld des Arbeitgeberbundes, deren Schreiben des Bauarbeiterverbandes fünf Wochen lang unbeantwortet ließ, sehr lange hinzögerten. Die Vertreter des Bauarbeiterbundes des Zimmererverbandes hielten eigens für die Tagung des Schiedsgerichts zu Ende April mehrere Tage frei. Aber es kam, entgegen den Erwartungen der Arbeitgebervertreter, nicht zur Abarbeitung der Sitzung zu dem ins Auge gefaßten Termin. Als dann am 13. April die Ansetzung der Sitzung auf den 6. Mai erfolgte, teilte der Vorstand des Bauarbeiterverbandes unter dem 19. April mit, daß er, da die Zimmerer-

Vertreter an der Teilnahme verhindert seien, seine Vertreter ebenfalls nicht senden könne und Verschiebung zu Anfang Juni beantrage. Dabei ist es dann geliebt, da sich der Vorstand des Zimmererverbandes außerstande erklärte, seine Dispositionen zu ändern. Das ist der ganze Hergang! Und darüber schreibt die Unternehmerrpresse Räuber und Mörder! Die Entrüstung ist nicht echt, aber sie ist durchsichtig.

Die nächste Sitzung des Zentralschiedsgerichts findet nun am 10. Juli statt.

Der christliche Bauarbeiterverband.

Von allen gegnerischen Organisationen, die das christliche Tätigkeitsgebiet haben wie unser Verband, ist der christliche Bauarbeiterverband die stärkste und bedeutendste. Die Christen-Christen Bauarbeiterorganisation ist ein Hoffnungslos schwaches Gebilde, sie zählte im Jahre 1910 in 41 Ortsvereinen 850 Mitglieder und verfügte bei einer Jahresertragsnahme von M. 12 053 über ein Vermögen von M. 7093. Nicht mehr Bedeutung kommt den kleinen Organisationsleitern anarchojohannistischer Oberstufe zu, bei denen das nur auf Schimpfen eingestellte Mundwerk alles andere ersetzen muß. Die polnisch-nationalistische Berufsvereinigung hat sich bisher nur in einigen Städten des Ostens bemerkbar gemacht, über ihren Anhang unter den baugewerblichen Arbeitern ist nichts bekannt, doch kann er nicht erheblich sein. Ebenjedenig weiß die weitere Öffentlichkeit von der Ausbreitung der katholischen Fachabteilungen; wir glauben nicht, daß deren baugewerbliche Mitglieder über zwei- bis dreitausend hinausreichen.

Dagegen kommt dem christlichen Bauarbeiterverband eine wesentlich höhere Bedeutung zu. Diese Organisation kann jetzt auf ein zwölfjähriges Bestehen zurückblicken, und sie wird es nicht ohne einige Genugtuung tun. Sie hat sich in den ersten sieben Jahren ihres Bestehens, namentlich in den Jahren 1903 bis 1906, verhältnismäßig schnell ausgedehnt. Aus den knapp 4000 Mitgliedern, die der christliche Verband am Anfang des Jahres 1903 zählte, waren bis zum Schluß des Jahres 1904 rund 14 000 geworden, ein Jahr später 22 000 und am Schluß des Jahres 1906 rund 38 000. Die im folgenden Jahre beginnende Wirtschaftskrise wirkte auch den christlichen Verband zurück, er erlitt Verluste, die er erst jetzt, im Jahre 1911, wieder einbringen konnte. Am Schluß des 3. Quartals 1910 zählte der Verband 35 999 Mitglieder, die sich im Jahre 1911 (bis zum Schluß des dritten Quartals) um 5619, also auf 41 618 vermehrten. Die Steigerung beträgt 15 pSt.; sie ist nicht unbedeutend, bleibt aber doch gegen die Steigerung unserer Mitgliederzahl während der gleichen Zeit um 9 pSt. zurück, die (von 249 869 auf 310 082) 24 pSt. beträgt. Auch die Zahl der Verwaltungsstellen ist gewachsen; sie betrug, unter Anrechnung der als aufgestellt gemeldeten, im Jahre 1910 262 und im Jahre 1911 276. Mehr als die Hälfte aller Mitglieder des christlichen Verbandes, stellt noch immer das westliche Deutschland, ein knappes Viertel entfällt auf die übrigen Landesteile, in den Rest teilen sich Süd- und Mitteldeutschland, der Norden ist bis auf einige vereinzelte kleine Verwaltungsstellen frei von christlich organisierten Bauarbeitern. Die Entwicklung in dem letzten Jahre stellt folgende Tabelle dar, wobei bemerkt sein mag, daß sich die Zahlen für beide Jahre auf das dritte Quartal beziehen.

Bezirk	1910		1911		Differenz	
	Verz.	Mitgl.	Verz.	Mitgl.	Verz.	Mitgl.
Nord- und Mitteldeutschland:						
Berlin	7	643	9	679	+ 2	+ 36
Hannover	41	3299	41	3463	—	+ 164
Nord- u. Mitteldeutschland	48	3942	50	4142	+ 2	+ 200
Ostdeutschland:						
Breslau	19	1640	23	2136	+ 4	+ 496
Königsberg	22	2027	21	2410	- 1	+ 383
Kattowitz	8	2094	6	2447	- 2	+ 353
Posen	10	1670	17	2082	+ 7	+ 412
Ostdeutschland	59	7431	67	9075	+ 8	+ 1644
Süddeutschland:						
Nürnberg	21	862	18	906	- 3	+ 184
München	15	1108	19	1496	+ 4	+ 298
Karlsruhe	28	1492	28	1805	+ 5	+ 408
Saarbrücken	3	1241	3	1465	—	+ 224
Süddeutschland	62	4613	68	5672	+ 6	+ 1059
Westdeutschland:						
Frankfurt a. M.	16	1870	17	1548	+ 1	+ 178
Essen	15	4778	15	6937	—	+ 1359
Böckum	13	10097	12	11461	- 1	+ 1364
Wünstler	21	2172	22	2189	+ 1	+ 17
Paderborn	28	1899	25	1449	- 3	+ 50
Westdeutschland	93	19816	91	22584	+ 2	+ 2768
Gesamt	197	—	145	—	+ 14	+ 519

Christl. Verb. | 262 | 35999 | 276 | 41618 | + 14 | + 519

Dem sei eine Aufzählung der 20 wichtigsten Organisationsorte des christlichen Verbandes angefügt, wobei wir die Mitgliederzahl unseres Verbandes in den betreffenden Orten zum Vergleich gegenüberstellen.

Table with 3 columns: Organisationsorte, Christlicher Verband, Deutscher Bauarbeiterverband. Lists cities like Essen, Dortmund, Rattowitz, etc., with corresponding membership numbers.

In diesen 20 für den christlichen Verband wichtigsten Orten besitzt er 21 370 Mitglieder, denen 36 361 Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes gegenüberstehen. Das Verhältnis des christlichen Verbandes zu unserm Verbands in diesen Orten ist also gleich 3 zu 5.

Der Fortschritt des christlichen Verbandes im vergangenen Jahre prägt sich natürlich auch in den Zahlen des Kasienwesens aus. Es betrug das Vermögen

Table with 3 columns: Ort, 1910, 1911. Shows financial growth for Hauptkassen, Zolaassen, and Gesamtsumme.

Nach der Statistik vom Jahre 1910 war der christliche Verband an 100 Tarifverträgen beteiligt, unser Verband an 705. Durch die im Jahre 1911 vollzogenen Vertragsabschlüsse ist diese Zahl noch um einiges gewachsen.

Die Ereignisse der letzten Zeit machen es ersichtlich, daß jetzt häufig die Frage aufgeworfen wird, ob der christliche Verband bei der für das nächste Jahr bevorstehenden Tarifbewegung gemeinsam mit den übrigen Verbänden vorgehen wird, wie er das im Jahre 1910 getan hat.

Seit dem Kampfe im Jahre 1910 hat sich in dem Verhältnis zwischen den beiderseitigen Organisationen nichts oder doch nichts von wesentlicher Bedeutung geändert. Der Kleinkrieg auf den Bauten hat immer bestanden.

schah es nicht, um sich einander gefällig zu sein, sondern lediglich aus diesen Zweckmäßigkeitsgründen. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß es auch in der bevorstehenden Tarifbewegung so sein wird, obwohl manche Vorkommnisse, wie zum Beispiel die Haltung des christlichen Sekretärs Rang in Nürnberg (siehe Nr. 20, Seite 250 des „Grundstein“), zu Zweifeln Veranlassung geben könnten.

Wie lassen uns bei unsern Handlungen nur von sachlichen Gesichtspunkten leiten. Solange das freie Bauarbeiterverbände auch tun, haben wir keine Veranlassung, anders zu handeln als bisher.

Die Leitung des christlichen Verbandes hat seit Jahren, ohne sich etwas zu verbergen, in durchaus loyaler Weise mit uns zusammen fruchtbare Gewerkschaftsarbeit verrichtet, so daß wir kein Recht zu haben glauben, diese Erklärung in Zweifel zu ziehen. Wir eruchen unsere Kollegen, das zu beachten und sich von anderen Meinungen nicht beeinflussen zu lassen.

Der Bauarbeiterchutz im Bayerischen Landtag.

Am 14. und 15. Oktober 1911 tagte in München die vierte bayerische Bauarbeiterkongresskonferenz, die an die bayerische Regierung appellierte, endlich Maßnahmen zu ergreifen, damit die ungeheure große Zahl der Unfälle vermindert werde.

In der Sitzung am 24. April brachten nun der Genosse Timm und unser Kollege Lämmermann ein Kapitel „Gewerbeaufsicht“ die Wünsche der bauarbeiterlichen Arbeiter in temperamentvoller Weise vor.

In den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten wird auch zu der Bauarbeiterkongresskonferenz Stellung genommen. Daraus muß man entnehmen, daß man nachweisen will, daß die Zahl der Bauunfälle im allgemeinen abnimmt.

Die Zahl der tödlich Verletzten ist in Bayern immer noch sehr hoch, wenn auch ein Rückgang eingetreten ist. Auf 1000ollarbeiter treffen nämlich, tödlich Verletzte: im Jahre 1907 1,82, im Jahre 1909 1,04.

15,40. Eine Zunahme dagegen finden wir in Unterfranken und Schwaben von 15,92 im Jahre 1897 auf 18,80 im Jahre 1907. Zu bemerken ist noch, daß nach dem Bericht des Reichsversicherungsamts der Durchschnitt im Reich 11,22 beträgt; die Biffern in Bayern gehen darüber weit hinaus.

Nedner verglich dann die Unfallzahlen in Bayern mit denen der übrigen Bundesstaaten. So kamen im Jahre 1907 auf 1000 entschädigte Unfälle im Herzogtum Braunschweig 6,29, im Fürstentum Schaumburg-Lippe 6,90, in Altemburg 5,42, in Anhalt 5,93, in Hamburg 8,21 und in Lübeck 4.

Die Aufhebung des Verbots des Leber- die-Sandmauerns trägt zur Erhöhung der Unfallziffer bei. Ferner wird im Bericht hervorgehoben, daß durch die zugezogenen vielen italienischen Arbeiter die Unfallziffer erhöht wird. Warum werden denn die Arbeiter aus Italien herangezogen? Doch nur, um billige Arbeitskräfte zu haben und um sich um die bestehenden Tarife herumzudrücken zu können.

Natürlich tragen auch die geringen Strafen, die gegen Unternehmer wegen Verstoßes gegen die oberpolizeilichen Vorschriften verhängt werden, viel dazu bei, daß die Gesetze nicht beachtet werden. So wird aus einem Bezirk berichtet, daß im Jahre 1911 in nicht weniger als 47 Fällen Geldstrafen bis zu M 20 verhängt wurden.

Was muß nun geschehen, um diese unerhörten Zustände zu ändern? Die Arbeiter verlangen, daß die Anstellung von Bauaufsichtern aus dem Arbeiterstande den Bezirksämtern und Gemeindegemeinschaften obligatorischen Pflicht gemacht wird, und zwar in der Weise, daß Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern zu hauptpolizeilichen Aufsichtsbezirken verschmolzen werden.

Hierauf nahm der königliche Regierungskommissar, Ministerialdirektor v. Meinel, das Wort. Er mußte selber zugeben, daß Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesstaaten die höchste Unfallziffer aufzuweisen habe. Die bayerische Regierung, so erklärte er, sei ernstlich bestrebt, eine Zurückbannung dieser hohen Unfallziffer herbeizuführen, das beweihe ja auch, daß Bayern mit der Anstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande vorangegangen sei.

tionum angezweifelt wird. Er halte es aber nicht für möglich, den gesamten Bauarbeiterstand auf eine Zentralstelle zu vereinigen. Der Herr Regierungskommissar verteidigt den Standpunkt, daß auf dem Lande eine länderlose Kontrolle am besten durchgeführt werden könne, wenn bei der Bauarbeiterkontrolle ein Konkurrent des betreffenden Bauarbeiters beauftragt würde. Er ist offenbar über die Verhältnisse auf dem Lande in dieser Angelegenheit schlecht informiert. Wenn die Bauarbeiter sich gegenseitig kontrollieren sollen, dann wird noch mancher Bauarbeiter seine Gesundheit einbüßen; denn ein bekanntes Sprichwort sagt: „Eine Krähle hat der andere die Augen nicht aus“. Auch der Regierungskommissar fähete die große Zahl der Unfälle auf den starken Alkoholgenuss zurück.

Kollege Lämmermann trat dem mit aller Entschiedenheit entgegen und forderte die reichsgerichtliche Regelung des Bauarbeiterstandes, damit die verschiedenen Erlassungen und Bestimmungen, die in den einzelnen Bundesstaaten Geltung haben, endlich aufgehoben werden und an deren Stelle gleiche gesetzliche Bestimmungen treten. Ferner verlangte er, daß den gesetzlichen Bestimmungen über die „Gruppe der Bauarbeiter“ weitere Verweise unterstellt werden; denn durch die Entlohnung der Technik im Baugewerbe sei eine ganze Reihe neuer Gruppen geschaffen, ohne daß in diesen Berufen vorkommenden Unfälle für das Baugewerbe mitgezählt werden. So z. B. die bei Aufstellung der Eisenkonstruktionen auf Hochbauten beschäftigten Arbeiter. Die Fensterputzer, die jetzt ohne jeglichen behördlichen Schutz ihre Gewerbe ausüben müssen, hätten eine Eingabe an die Behörde gemacht und ersucht, die Fensterputzer unter die Aufsicht der Baukontrolleure zu stellen. Dies wurde aber mit der Begründung abgelehnt, daß hierfür die entsprechenden Bestimmungen fehlen. Man sollte meinen, daß wenn solche Eingaben gemacht werden und die Arbeiter um Schutz bitten, dann solchen Dingen nachgegangen würde. Man sollte versuchen, Abhilfe zu schaffen, anstatt die Arbeiter mit solchen Antworten abzuspeisen.

Das Baugewerbe steht in bezug auf die Unfallhäufigkeit sehr viel über dem Durchschnitt. Nach dem Bericht der Gewerbeinspektion treffen auf 1000 beschäftigte Personen in Bayern im Durchschnitt 28,7 Unfälle; im Baugewerbe kommen auf 1000 beschäftigte Arbeiter 50 Unfälle. Man kann wohl sagen, daß kaum in einem anderen Berufe so mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter gespielt wird, wie im Baugewerbe. In München allein nahm die Zahl der Unfälle um 960 zu. Die Bauhilfsarbeiter liefern die größte Zahl der Verunglückten; im vorigen Jahre betrug die Zahl 1475. Dies ist besonders darauf zurückzuführen, daß von den Unternehmern stets versucht wird, Leute vom Lande herbeizuziehen, um billige Arbeitskräfte zu erhalten. Dadurch, daß diese Leute mit dem Gewerbe nicht vertraut sind, häuft sich dann die Zahl der Unfälle. Der Herr Ministerialreferent erklärte vorhin, daß man nicht in der Lage sei, in allen Bezirken Kontrollen aus dem Arbeiterstande anzustellen, weil die Bauarbeiter mitunter sehr geringe Löhne verdienen, was das leicht möglich, wenn man es durch die Bezirksämter machen würde, und in den letzten Jahren ging ja von Seiten der Regierung ein derartiger Erlaß an die Bezirksämter hinaus. Leider machten die wichtigsten Bezirksämter davon Gebrauch. Da die Mittel hierzu die Mittel verweigerten, war es eben nicht möglich. Es gibt eine ganze Reihe von Orten, wo die Bauarbeiter genau so stark ist wie in den Städten. Daher ist es unter allen Umständen nötig, daß von den einzelnen Bezirksämtern die Initiative ergriffen wird und daß in allen Bezirksämtern Kontrollen aus dem Arbeiterstande eingesetzt werden.

Die Berufsvereinigungen behaupten allerdings, sie sorgten für eine durchgehende Aufsicht. Wenn dem so wäre, dann könnte es nicht vorkommen, daß Gerichte mit sehr großen Konstruktionsfehlern wie an einer Eisenbahnbrücke bei der Station Deining hergestellt werden. (Kammermann zeigte hier eine photographische Aufnahme vor.) Jeder Laie müßte sehen, daß auf einem solchen Gerüste keine Arbeiter arbeiten, viel weniger schwere Sandsteine darauf transportiert werden können. Und dieser Zustand unter staatlicher Aufsicht! Von den Unternehmern ist im Baugewerbe wird ja bestritten, daß eine erweiterte Bauaufsicht nötig sei, da die Baugewerks-Berufsvereinigungen die Zahl ihrer Aufsichtsbeamten erhöhen hätten. Ich will ohne weiteres zugeben, daß in den letzten Jahren hinein eine gewisse Besserung eingetreten ist. Ich selbst stand bis zur Tagung des Landtages auf den Baustellen in einer kleinen Provinzstadt in Arbeit und kann aus eigener Erfahrung konstatieren, daß es mir in meiner jahrzehntelangen Arbeit nicht möglich war, auch nur ein einziges Mal die Bekanntheit eines Gewerbeaufsichtsbeamten auf einer Baustelle zu machen.

Kollege Lämmermann kritisierte dann noch scharf den Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten für die nördliche Pfalz, der in seinem Bericht die Zahl der Unfälle hauptsächlich auf eigenes Verschulden der Arbeiter zurückführte. So schreibt der Beamte in seinem Bericht: „Scheidet man die im Laufe der Berichtsjahre gemeldeten Unfälle im Baugewerbe unter Berücksichtigung der Frage aus, von welcher Seite die Unfälle verschuldet wurden, so ergibt sich, daß von Seiten der Arbeiter infolge Unachtsamkeit, Leichtsinn usw. die Unfälle in 65 pZt. veranlaßt wurden und nur 8 pZt. der Unfälle durch das Verschulden der Arbeitgeber veranlaßt worden sind.“ Die Objektivität des Beamten soll gewiß nicht angezweifelt werden; aber aus eigener Wahrnehmung wird er nicht in der Lage sein, das zu konstatieren. Er ist eben auf Angaben anderer Personen angewiesen. Ich habe während meiner praktischen Tätigkeit als Maurer des öfters die Erfahrung machen müssen, daß die Unter-

nehmer es sehr gut verstehen, bei vorkommenden Unfällen die Schuld auf den Arbeiter abzuwälzen. Leider lassen sich Arbeiter darauf ein und nehmen die Schuld auf sich, weil sie befürchten, daß, wenn der Unternehmer bestraft wird, sie später nicht wieder beschäftigt werden. Deshalb verlangen die Bauarbeiter von der Regierung, daß auf dem Gebiet des Bauarbeiterstandes etwas schneller gearbeitet wird und daß endlich einmal der Forderung der Bauarbeiter, Kontrollen aus dem Arbeiterstande anzustellen, Rechnung getragen wird, damit Leben und Gesundheit der Arbeiter mehr geschützt werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Verlängerung des Stahlwerkesverbandes. — Freigabe der B-Produkte. — Gemischte und reine Werke, zunehmende Verknüpfung.

Der Stahlwerkesverband, für Deutschland neben den Bundesstaaten für Rußland und Aegypten das wirtschaftlich einflussreichste Gebilde der kapitalistischen Konkurrenzentscheidung, ist in der Nacht zum 1. Mai auf fünf Jahre verlängert worden. Zu gleicher Zeit wurde er jedoch noch stärker als bisher zu einem in den Verband unangehörigen. Die sogenannten B-Produkte sind seiner Verknüpfung nunmehr vollständig entzogen worden, während früher die Erzeugnisse der Gruppe B zwar nicht so weitgehend kontrolliert waren, wie dies für die Gruppe A galt, aber immerhin nicht ganz und gar außerhalb des Bereichs der Verbandseinwirkung blieben.

Gruppe A umfaßt bekanntlich die niederstufigen Produkte: Halbzeug (d. h. Rohstahl, Blöde und dergleichen), Formeisen (Waggeisen, Träger und dergleichen) und Eisenbahnbaumaterial. Zu Gruppe B gehören die höherstufigen Weiterverarbeitungsgegenstände: Stabstahl, Walzdraht, Alce, Röhren, Guß- und Schmiedestücke. Für die A-Produkte war durch den Verband die freie Bewegung am meisten eingegrenzt. Zunächst war hier jedem Verbandsmitglied, je nach der Einbringung seiner Leistungsfähigkeit, seine Beteiligungsziffer zugewiesen. Ferner erfolgte der Verkauf durch die Zentralfabrik, selbstverständlich abermals nach festen Normen. Produktion und Preis unterstanden also nach dieser Richtung nicht mehr dem Kampf aller gegen alle, wie ihn die alle zersplitterte Konkurrenz erzeugt hatte. Anders für die höheren Stufen. Hier kam man wieder 1904 noch 1907, wieder bei der Gründung noch bei der Verlängerung zu einer einheitlichen Preispolitik. Die Werke selber haben den Verkauf insoweit selber in der Hand behalten, die Separatverbände, die für einzelne Erzeugnisse beziehungsweise deren Preisnormierung entstanden sind, geben den einheitlichen Zentralverband nichts an. Dieser hat für die B-Erzeugnisse nur die Produktion kontingentiert; jedes Werk erhielt sein Kontingent zugeschrieben und jede Ueberschreitung dieses Kontingents war mit einer Abgabe von 10 pZt pro Tonne zu büßen, um der blinden Ueberschneidungspolitik wenigstens einigermaßen zu steuern.

Zwischen der Gruppe A und B vollzogen sich nun im Laufe der Jahre die tiefgehenden Verschiebungen. Einmal rein äußerlich, indem die höherstufige Produktion verhältnismäßig eine immer größere Bedeutung gewann. Als im Jahre 1904 der Stahlwerkesverband geschlossen wurde, übernahm die Beteiligung in A-Produktion (4 974 652 t) noch anscheinlich, fast um die Hälfte, diejenige in den B-Produkten (3 461 734 t). Doch von einer Quotenfestsetzung zur anderen stieg die Beteiligung in den B-Produkten ziemlich rasch, so daß am 1. April des laufenden Jahres umgekehrt die Beteiligungsziffer auf dem Gebiete B (6 212 936 t) die von A (5 794 843 t) bereits merkbar überflügelte. Weiter sind, was die B-Produkte anbelangt, die reinen B-Werke und Verfeinerungsanstalten in eine immer schwierigeren Lage geraten. Sie haben keinen Vorteil von der strenger und wirksameren Organisation auf den Unterstufen; sie haben davon vielmehr nur den Nachteil, daß sie ihr Halbzeug, das sie selber nicht herstellen, nur zu künstlich hochgehaltenen Preisen erwerben können. Bald müssen sie im Inland mit gemischten Werken konkurrieren, für die der Uebergewinn an der Halbzeugproduktion ganz oder teilweise zu einem Vorrang bei der Weiterverarbeitung, zu einer relativen Herabsetzung der Weiterverarbeitungslohnkosten wird. Bald stoßen sie im Ausland auf eine Konkurrenz, für die die Inlandsproduktion der Halbzeugpreise nicht galt — die Differenzierung der Auslands- und Inlandspreise und der Inlandsmonopolpreise bei den kapitalistischen Verbänden. Ist bekannt —; auch diese Konkurrenz erweist sich also eines Vorranges beim Kampf um den Absatz.

Unabhängig und unauffällig sind deshalb diese „reinen“ Werke entkräftet und gerieben worden. Nachdem bei ihren gefährlichsten Konkurrenten auch die letzte Fessel, die Kontingentierung der B-Produkte, der Zuschlag für die Kontingentsüberbreitung, in Wegfall gekommen ist, wird der Preis der Erweiterung bei den gemischten Werken wahrscheinlich um so leichteres Spiel gegen die doppelt bedrängten reinen Werke haben. Und es würde sogar reaktionär sein, die Förderung dieses Umbildungsprozesses dem Verband als schwere Last zu rechnen zu wollen. Denn an sich, aus technischen und wirtschaftlichen Gründen, ist die einheitliche Betriebsaufnahmefähigkeit von niederen und höheren Produktionsstufen, von Materialerzeugung und Weiterverarbeitung, ein unentbehrbarer Fortschritt, so sehr er, wie nahezu jeder kapitalistische Fortschritt, wie nahezu jede kapitalistische Höherorganisation des Produktionsapparates seine Schattenseiten, sei es für Konsumenten, sei es für Arbeiter, hat. Die veränderte Technik, schreibt ein Fachmann der „Frankfurter Zeitung“, die Verknüpfung der Hochleistung, die Ausnutzung der ersten Hitze des Hochofens u. a., im Umfange mit der Preispolitik der Verbände, die den Vorteil des Eigenbetriebes an Rohstoffen noch künstlich beschaffen, hat den gemischten Betrieb zum Siege geführt. Immer mehr ist an die Stelle der horizontalen Organisation, die das Hochofen- und Halbprodukt verkauft, um die Weiterverarbeitung andern Werken zu überlassen, die vertikale Organisation der riesigen Gesamtwerke getreten, deren Ziel es ist, auf der Basis eigener Hochofenproduktion das Fabrikat bis zur möglichst weitgetriebenen Verfeinerung selbst in eigener Regie herzu-

stellen.“ Eine Reihe von kleineren Walzwerken scheinen sich in der Tat bereits mit ihrem nähererenden Schicksal besorgend zu haben; wenigstens wird an der Börse schon auf den „Rückenschnitt“ dieses oder jenes Betriebes hingewiesen. Aber gleichviel, ob sich die Verknüpfung der Kleinen durch die Großen glatter oder gewaltvoller vollzieht; der Weg zur Verknüpfung zur Bildung großer Unternehmungen nach dem Muster von Gelsenkirchen, Thyssen, Deutsch-Lugemburg, Thyssen liegt freier und offener da als je zuvor.

Zum Schluß seien die neuen Beteiligungsziffern in Tonne, gültig ab 1. Juli 1912, zusammengestellt:

Beteiligte	Halbzeug	Eisenbahnmaterial	Formeisen	Insgesamt ab 1. Juli 1912	Wahrscheinliche Beteiligung
Gelsenkirchen	108109	107630	167865	383604	283604
Hoeh	—	48611	86379	170990	170990
Deutscher Kaiser	52859	212670	189671	455000	385000
Gutehoffnungshütte	30481	184169	66811	281561	289580
Häpfer Eisen	13000	—	42883	55883	55883
Thyssen	134396	214896	111162	460454	465454
Rhein. Stahlwerke	85425	157272	37108	279805	273805
Friedr. Krupp	18945	252995	73887	525287	526287
Deutsch-Lugemburg	104132	221452	244179	569763	569763
Wagener Verein	50651	152852	2000	205053	205053
Van der Zypen	7403	5999	29553	39955	39955
Georgsmarienhütte	500	90000	—	90500	90500
Reiner Walzwerk	—	6776	201510	208286	208286
Burbach Müdelingen	204834	145468	233762	583974	499474
Röding	18324	74696	168849	261869	253545
Gebr. Stumm	38676	93950	130242	262868	247192
Dillinger Hütte	42760	61249	—	104009	104009
De Wendel & Co.	12000	130700	203500	346200	277000
Rothbacher Hütte	176505	67292	104675	358472	348472
Kunze Friede	160938	54696	92790	308424	302424
Robing	49600	—	65000	110500	125000
Marxhüttenhütte	5000	83748	98746	177494	177494
Säch. Gußstahlfabrik	1138	25500	—	26638	26638
Saahütte	—	60660	34000	94660	94660
Oberst. Eisenb.	—	—	—	—	—
Kattowit	—	103340	143500	246840	*199840
Oberst. Eisenb.-Ind.	—	—	—	—	—
Bismarckhütte	—	—	—	—	—
Zusammen	1495376	2582621	2524482	6602479	—
Zuf. nach alt. Vertrag	1417893	2420122	2421483	6259498	—

* Ohne Bismarckhütte.

Die Hauptannahme findet sich also zugleich bei Gelsenkirchen, Deutscher Kaiser, Burbach und De Wendel, Berlin, 13. Mai 1912. Max Schippel.

Politische Umschau.

Reichstag und Etat des Reichskanzlers. — Kaiserliche Verschmelzungspolitik. — Der Militärs- und Marineetat. — Selbstentmannung der preussischen Duma und Verbesserung ihrer Geschäftsordnung. — Die Protestaktion des preussischen Volkes. — Zweiter protestantischer Frauentag. — Die „vereinigten“ Nationalisieranten.

Im Reichstage gab es gegen Ende der Berichtsjahre wieder einen „großen Tag“. Waren die vorangegangenen Verhandlungen unter dem Einfluß der Ferienentscheidung größtenteils ziemlich einformig und im Schnelltempo verlaufen, so steigerte sich das Interesse, als am Freitag der Etat des Reichskanzlers zur Beratung stand. Die „staatsferne“ Beteiligung. Bethmann-Hollweg hat Regierungswissenschaftler fordert ja, solange dieser Mann der „gottgewollten Abhängigkeiten“ kraft kaiserlichen Willens auf seinem Posten steht, unausgesetzt die schärfste Kritik derer heraus, die es ehrlich und rechtchaffen mit Volkswohlfahrt und Freiheit meinen. Solch wahrer Volkstretter zu sein, können von allen Parteien des Reichstages nur die „umfürglerischen“ Sozialdemokraten mit gutem Recht so sich behaupten, und sie sind es denn auch immer in erster Linie, die dem Reichskanzler bei Beratung seines Etats ganz besonders zu schaffen machen. Daß es auch diesmal wieder zu recht heftigen Auseinandersetzungen kommen würde, war angesichts der politischen Situation vorauszusetzen, bot doch, von allem anderen abgesehen, der Reichskanzleretat gewöhnliche Gelegenheiten, zwei Vorkommnisse aus jüngster Zeit, die gegenwärtig im Mittelpunkt des politischen Interesses stehen, im Reichstage zur Sprache zu bringen. Einmal handelte es sich darum, jene schmachvollen Vorgänge im preussischen Dreiklassenparlament, jenes junterliche Altentat auf Recht und Verfassung, gehörend zu brandmarkieren. Weiter aber galt es, Front zu machen gegen die neue Reichsregierung und die persönlichen Regimenter. Hat es doch Wilhelm II. nach einer Weile seiner Zurückhaltung wieder einmal für gut befunden, in „begannter, impulsiver“ Art in das politische Getriebe mit seiner Person eingzugreifen und dabei die ihm besetzungsmäßig gezogenen Grenzen zu überschreiten. In Giesebrechts-Bringen sind in letzter Zeit so verschiedene Dinge passiert, die den Zorn des Kaisers erregten. So hat sich der neue Landtag erlaubt, den sogenannten Gnadenfonds des Kaisers, eine ihm früher einmal zugesetzte Jagd, zu streichen. Ferner ist da der Fall Grafenstaden, indem die preussische Regierung der Fabrik Grafenstaden wegen der angeblich deutschfeindlichen Haltung eines Direktors die Bestellungen entzog, eine Maßnahme, die die Kammer beurteilte, während Wilhelm II. den für die Sache verantwortlichen preussischen Staatssekretär demonstrativ auszeichnete. Gegenwärtig seiner Anwesenheit in Straßburg hat nun der Kaiser seinen Unmut gegenüber dem Straßburger Bürgermeister Luff gemacht, zu dem er äußerte:

„Hören Sie einmal, wir haben uns bis jetzt hier nur von der guten Seite kennen-gelernt.“ Ich kann Ihnen aber

sagen, daß wir uns auch von der andern Seite kennen lernen lassen können. Das kann so nicht weitergehen hier. Wenn die Dinge aber so weiter gehen, dann haben wir einfach die Verfassung auf und berleben Sie Preußen ein."

Nach anderer Ansicht, die sinngemäß aber dasselbe ausdrückt, sagte der Kaiser:

"Wenn das so fortbauert, so schlage ich Ihre Verfassung in Scherben. Bisher kennt Ihr mich nur von der guten Seite; es ist aber durchaus nicht unmöglich, daß Ihr mich auch von der andern Seite kennen lernt. Jawohl, wenn sich das nicht ändert, dann werde ich aus Etschlag-Notbringen eine preußische Provinz machen."

Man sieht: Wilhelm II., der im Jahre 1910 die bekannte Königsberger Gesetzesmadentumsrede hielt, ist der alte geblieben. Die etablierte Verfassung beruht auf dem Reichsgesetz, und nur mit Zustimmung des Reichstages und des Bundesrats kann sie geändert werden. Ungedacht dessen aber nimmt Wilhelm II. für sich das Recht in Anspruch, sich jederzeit als Selbstherrscher des Reiches zu betätigen, und sich nicht mehr und nicht weniger als eine Drohung mit dem Staatsstreich, und sie mußten im Reichstage auf das allerentschiedenste zurückgewiesen werden. Das ist denn auch sozialdemokratischerseits in einer Weise geschehen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die sozialdemokratische Fraktion hatte als Etatsdebater Scheidemann vorgeschickt, der in großzügiger und sachlicher Weise die ganze kulturwidrige Politik Preußen-Deutschlands und ihres Trägers, des Herrn v. Bethmann-Hollweg, beleuchtete und, vom allgemeinen zum besonderen übergehend, den Vergewaltigungsakt im preußischen Abgeordnetenhaus, wie die jüngsten kaiserlichen Verfassungen kennzeichnete als das, was sie sind; als ein neuer, typischer Ausdruck preußischen Geistes, des Geistes der Feindschaft gegen Volkswillen und Volksrecht. Als der Redner die kaiserliche Drohung der Verpreuung Etschlag-Notbringens als ein Eingeständnis dafür begrüßte, daß einem Volke keine schwerere Strafe zuteil werden könne als die Einverleibung in Preußen, wo die Schmach der Dreiklassenwahl daselbst sei wie der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte beim Buchhändler, wurde die Sache dramatisch; der Reichstagskanzler mit Gesohle verließ, da diesen Bemerkungen Scheidemanns nicht gleich der Ordnungsruf folgte, auf einige Zeit den Sitzungssaal und ein Teil der Konserverativen folgte ihm.

Nach der Rede Scheidemanns verbreitete sich Herr v. Bethmann-Hollweg in Beantwortung einer vorliegenden Anfrage über die Straßburger Kaiserparole. Er hat dabei den Erwartungen, die man von ihm wegen mußte, entsprochen: als getreuer Diener deckt er auch diesmal wieder seinen kaiserlichen Herrn, denn nach ihm "ist keine Situation geschaffen, für die er nicht die Verantwortung trüge." Dem Kaiser habe es "bölig ferngelegen, die Rechte von Bundesrat und Reichstag auch nur irgendwie zu berühren" und nur in der "Sorge für die Zukunft des Reichslandes" habe er in berechtigtem Unmut seine "ernste Mahnung" ausgesprochen. Das ist Herr Bethmann in seiner ganzen Größe, der als Vertrauensmann des persönlichen Regiments, wie er bezeichnet wurde, selbst das Unverantwortlichste "verantwortet". Wie müßte erst die Situation beschaffen sein, die diesen Reichstagsler bewegen könnte, die "verfassungsrechtliche" Verantwortung für sich nicht zu übernehmen und in Konsequenz dessen sein Abtrittsgeheiß zu schreiben? —

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres erlebte der Reichstag in der Hauptsache den Militär- und Marineetat, beides, wie schon bemerkt, in sehr beschleunigtem Tempo. Beim Militärsetat entspann sich nochmals eine Debatte über die Duellfrage, zu der die Budgetkommission eine Resolution eingebracht hatte, die den Reichstagskanzler ersucht, Schritte zu unternehmen zur Befestigung des Zweckpfeiles. Die durch einen sozialdemokratischen Zusatzartikel verhängte Resolution wurde, trotzdem das Zentrum entgegen seiner früheren Haltung dagegen stimmte, angenommen. Damit ist jedoch nicht viel erreicht; Herr v. Heeringen, der Kriegsminister, hat zwar die Resolution als "Anregung" entgegengenommen, aber bis es bei uns in Deutschland einmal zur Befestigung des Duellunfses kommt, wird noch geraume Zeit vergehen.

Beim Marineetat kam es kaum noch zu einer Beratung. Ohne sich erst noch mit Reden aufzuhalten, nahm die Bewilligungsfreudige Mehrheit, wie in der Vorwoche die Heeresvorlage, nun auch die Flottennovelle in zweiter Lesung an. So haben denn diese Volkstribunen ihre "nationale" Pflicht erfüllt und ruhigen Bewußtseins können sie in die Pfingstferien gehen, in die der Reichstag bereits eingetreten sein wird, wenn unsern Lesern diese Nummer des "Grundstein" zugeht.

Im preußischen Abgeordnetenhaus hat der beschämende Vergewaltigungsakt gegen den Abgeordneten Wöhrardt am Montag ein ebenso beschämendes Nachspiel gefunden. Es wurde abgestimmt über die von Wöhrardt eingereichte Beschwerde. Das Ergebnis war, daß von 335 Abgeordneten, 319 die Ausschließung Wöhrardts für gerechtfertigt erklärten, 8 ihr die Berechtigung abspachen und 8 sich der Stimme enthielten. Durch die namentliche Abstimmung sind die Namen derer für alle Zeit festgemeldet worden, die an dieser "Selbstentmannung" der preußischen Duma, wie der Abgeordnete Hoffmann das Abstimmungsresultat treffend charakterisierte, mitgewirkt haben. Das ist gut, besonders im Hinblick auf jene "liberalen" Männer, die es fertig brachten, den Ge-

waltstreich gutzuheißen. Inzwischen ist die Geschäftsordnungscommission des Dreiklassenparlaments eifrig an der Arbeit, die Geschäftsordnung weiter zu "verbessern". Die Konserverativen beabsichtigen, den Hausrechtsparagrafen noch wesentlich zu verschärfen; sie meinen, es sei zu prüfen, ob die darin vorgesehene Befugnis des Präsidenten genüge. Vorläufig aber soll es bei dem geltenden § 64 bleiben. Dagegen soll § 66 künftig lauten: "Dem Präsidenten des Hauses steht die Handhabung der Polizei im Sitzungsaal zu." Während so das Zentrum Provokation auf Provokation häuft, mehren sich die Protestkundgebungen gegen den Verfassungs- und Rechtsbruch im Dreiklassenparlament ständig. Wie in Berlin, so haben nun auch in einer ganzen Reihe anderer Städte Versammlungen stattgefunden und täglich kommen ihrer neue hinzu. Überall wird von einer Reihenbeteiligung berichtet, überall ist es die gleiche Empörung und Erbitterung, die zum Ausdruck kommt, und überall gibt sich die gleiche Entschlossenheit kund, den Kampf zu führen bis zum siegreichen Ende.

In die Berichtsjahre fällt eine weitere bedeutsame Veranstaltung des Massenbewegten Proletariats, der wir Erwähnung zu tun haben: Am 12. Mai fand im ganzen Deutschen Reich der zweite proletarische Frauentag statt, der sich zu einer mächtvollen Demonstration für die Gleichberechtigung der Frau gestaltete. In erster Linie steht da die Forderung des Frauenstimmrechts, dessen Einführung angeht, der ständig fortschreitenden Einbeziehung der Frau in das Berufsleben längst zur Notwendigkeit geworden ist. Aber nicht nur als erwerbstätiges Mitglied der Gesellschaft, auch in Würdigung ihrer Stellung und Bedeutung in der Familie, als Mutter, kommt der Frau ein Rechtsanspruch auf volles Bürgerrecht zu. Wir haben ja nicht nötig, hier die Notwendigkeit und Berechtigung dieser Forderung des näheren darzulegen, für deren Verwirklichung die Sozialdemokratie seit langem kämpft und Aufklärungsarbeit leistet. Diese Aufklärungsarbeit ist von gutem Erfolg gewesen, das beweist die Tatsache, daß heute die proletarischen Frauen nach Tausenden zusammenströmen, um den Kampf für ihr Recht selbst zu führen. Auch mit der proletarischen Frauenbewegung geht es rüstig vorwärts. Wie die Sozialdemokratie stetig und unaufhaltsam der Verwirklichung ihrer Prinzipien und Ideen entgegengeht, so wird auch jene Bewegung als ein Teil des großen sozialen Kampfes unserer Zeit ihrem Ziele immer näherdrücken. Auf diesem Wege bedeutet der diesjährige zweite proletarische Frauentag eine wichtige Etappe.

In der nationalliberalen Partei ist die "Einigkeit" wiederhergestellt, — das ist, wie nationalliberale Blätter triumphierend verkünden, das Ergebnis des jetzt in Berlin stattgefundenen Parteitages. Wie unsere Leser wissen, war zwischen Jungliberalen und "Altliberalen" ein scharfer Streit entbrannt, bei dem die ganze nationalliberale Oberlichtheit in die Brüche zu gehen drohte. Durch allerlei Machenschaften und Kompromisse gelang es auf dem Parteitag, die Luft, wenigstens vor den Augen der Welt, zu überdecken. Einer Debatte über die Differenzen mit den Jungliberalen ging man aus dem Wege; die neuen Parteifachungen wurden einstimmig an bloc angenommen. Dadurch hört der Reichsverband der nationalliberalen Jugend auf, ein Organ der Partei zu sein, er kann nur außerhalb des Parteigeistes weiter bestehen. Künftig also wird man, und darauf kommt es den nationalliberalen an, etwa nach wirklichem Liberalismus aussehende Kundgebungen der Jungliberalen einfach als für die Partei nicht bindend abhüteln. Wie es um die erzielte "Einigkeit" in Wahrheit bestellt ist, lassen die Meldungen erkennen, die in unmittelbarem Anschluß an die Berichte über den Parteitag durch die Presse gehen. Danach ist der rechte Flügel der Nationalliberalen mit dem Ergebnis des Parteitages nicht zufrieden. Man sieht in der Ausmerzung des Reichsverbandes der Jungliberalen aus der Parteiorganisation eine "wesentliche Erhöhung seiner Bewegungsfreiheit", die es als unerlässlich erscheinen lasse, "ein Gegengewicht gegen seinen Einfluß zu schaffen" durch eine "engere Zusammenfassung derjenigen Kreise der nationalliberalen Partei, die es für notwendig halten, die Gleichberechtigung der verschiedenen politischen Richtungen besser als bisher sicherzustellen." Dahingehende Maßnahmen sollen bereits in die Wege geleitet worden sein. Eine erbauliche "Einigkeit"!

Bauarbeiterbewegung. Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Reiseunterstützung für Stukkatoren. Ueber die Regelung der Reiseunterstützung während der Dauer eines Streiks bestehen sowohl bei den Stukkatoren wie auch in einigen Zweigvereinen Meinungsverschiedenheiten, die uns zu folgender Erklärung veranlassen:

Außer der den Stukkatoren bei ihrem Anschluß an den Deutschen Bauarbeiterverband gestandenen Reiseunterstützung in den Sommermonaten haben die streikenden und sich zur Abreise meldenden Kollegen einen Anspruch auf das im Streikreglement, § 9 Absatz 3, vorgesehene Reisegeld. Dieser Anspruch besteht aber nur am Ort der Abreise. Weitere Ansprüche können von keinem Verbandmitgliede aus dem Stukkatorenberufe erhoben werden. Insbesondere ist es nicht zulässig, den streikenden Kollegen bei ihrer Abreise neben dem Reisegeld auch noch die im § 35

Absatz 4 vorgesehene Reiselegitimationkarte auszuhandigen. Die Zweigvereinsleitungen werden ersucht, alle darauffolgende Ansprüche, auch solche, die auf eine Erhöhung der Reiseunterstützung oder den Ersatz des vollen Fahrgeldes gerichtet sind, abzuweisen.

Arbeitslosen-Zählung. Am 30. Juni sind die von den dazu bestimmten Zweigvereinen ausgegebenen Arbeitslosen-Zählkarten für dauernde Zählung vollgezeichnet und müssen am 1. Juli durch neue ersetzt werden. Der Versand der neuen Karten an die Zweigvereine beginnt am 5. Juni. Bis zu diesem Tage werden die in Frage kommenden Zweigvereine ersucht, Mitteilung über etwa gewünschte Verminderung oder Erhöhung der Kartenzahl zu machen. Die Vereine, die keine Mitteilung machen, erhalten die gleiche Anzahl Karten wie im zweiten Quartal zugesandt.

Die am 30. Juni ablaufenden Karten sind ab 1. Juli von den Zweigvereinen einzusammeln und dem Verbandsvorstand einzufenden; voll gezeichnete Karten so wie sie sind, nicht voll gezeichnete entweder mit dem Vermerk der Usmeldung des betreffenden Kollegen oder mit dem Vermerk „unvollständig ausgefüllt". Diesen Unterschied zu machen zwischen Karten, die infolge Umelendung und solchen, die wegen Säumigkeit unvollständig sind, ist notwendig, weil die Karten getrennt bearbeitet werden müssen.

Streikregel darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgehakt werden. Zu den diesbezüglichen Anträgen sind die gedruckten Formulare B, welche vom Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitgliedes ist jeweils mit den Anträgen einzufenden.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 11. bis 17. Mai erteilt für:

Zweigverein	Name des Mitgliedes	Beruf	Buch-Nr.	Mann oder Frau
Machen	Joh. Besh	Stukkatour	260601	Mann
Altenburg	Dem. Hertich	Maurer	192968	"
Barmen	Otto Hein	"	67943	"
Berlin	Friedrich Paul	"	9636	"
"	Siegm. Tiefner	"	8545	"
"	Fritz Schliensberg	Pußer	5667	Frau
Blankenburg a. S.	Karl Trute	Maurer	143507	Frau
Breslau	Frans. Schulz	"	218881	"
Bunzlau	Ernst Deunert	Hilfsarb.	246061	Mann
Burg b. M.	Willy Hoffmann	Maurer	141470	Frau
Delmenhorst	J. Weverhoh	"	230680	Mann
Dortmund	H. Wolombienst	"	81963	Frau
Dresden	Ernst Bürger	"	22639	Mann
"	Willy Heinrich	Hilfsarb.	27928	"
"	Gustav Büttner	"	26821	"
"	Gustav Höpne	"	27466	"
Erfurt	Heinrich Köpfs	Maurer	222233	"
Essen	Bernh. Klug	"	54923	Frau
Gnoien	Ghr. Behrend	"	160267	"
Göppingen	Nich. Jäger	Hilfsarb.	184945	"
Greiz	Herrn Hoffmann	Maurer	195789	Mann
Gumbinnen	Lug. Wehlhorn	Hilfsarb.	179165	"
Hamburg	Lugust Müller	"	16262	"
"	Geint. Hermann	Maurer	14927	"
Hannover	Lugust Krebs	Hilfsarb.	62166	"
Hiel	Wihelm Möller	Maurer	92574	"
Königsberg	Albert Lohsdorf	"	75803	Frau
"	Hermann Krapp	Hilfsarb.	76727	Mann
Landsberg a. d. W.	Joh. Krönung	"	130365	"
Lauenburg a. d. B.	H. Großfakt	Maurer	240574	"
Leipzig	Paul Garsnitz	Hilfsarb.	33507	Frau
"	Friedrich Mary	Maurer	31250	Mann
"	Reinhold Rudolf	"	242338	"
"	Friedrich Regel	Hilfsarb.	33642	Frau
Ludw.	Otto Fritsche	Maurer	189933	"
Magdeburg	W. Singelmann	"	105809	Mann
Melbors	Jakob Dreesen	"	240867	"
München	Joh. Benningner	Einschaler	39247	Frau
"	Walter Mack	Maurer	110840	Mann
Münster	A. Starzonek	Stukkatour	256811	"
Nürnberg	Joh. Seih	Maurer	59608	"
"	Joh. Bernert	"	242254	"
"	Emil Ganshorn	Stukkatour	264171	"
Pforzheim	W. Fray	Maurer	117551	Frau
Redlinghausen	Joh. Roth	"	118964	"
Regensburg	Joh. Röllner	"	120696	Mann
Rudolstadt	Karl Gille	"	147335	"
Schwefingen	Karl Schmitt	"	186238	Frau
Stade	Ed. Freitricher	Hilfsarb.	209846	"
Stuttgart	Wich. Welschmer	"	66962	Mann
"	Louis Bromm	Maurer	67384	"
Würzburg	Paul Oettinger	Hilfsarb.	110590	Frau
Zeitz	Wihelm Thieme	Maurer	191487	Mann

Vom 14 bis 20. Mai haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt:

Ansbach M. 300,50, Annaberg 1000, Altenburg 800, Alttraßsch 450, Alschersleben 416,65, Anklam 200, Aue 690, Augsburg 4000,70, Albstadt 150, Alstedt 135,35, Brandis 150, Brandenburg 650, Bergen auf Rügen 176,31, Bitterfeld 100, Bublitz 75, Burg i. Dittm. 67, Blankenburg i. Thür. 100, Berlin (Beleg) 604, Burg b. Magdeburg 8, Bitterfeld 600, Belgig 160, Brate 100, Grimmschlag 700, Caputh 600, Chemnitz 4000, Coburg 400, Calbe a. d. Milde 15,65, Crefeld 1500,75, Döbeln 600, Dortmund 3505,50, Gienburg 850, Einbeck 300, Eichenau 600, Eimshorn 400, Erfurt 500, Eberswalde 8, Fürstentum 300, Froburg 100, Gienburg 800, Frankfurt a. d. O. 600, Guben 400, Gadebusch 200, Gelsenkirchen 850, Gumbinnen 736, Gräfenhainichen 60, Glatz 43,52, Gersdorf 310,50, Garitz 199,85, Glatz (von hingelander Streifenunterstützung zugesandt) 40, Garburg 700, Hirschberg i. Schleisen 1500, Hamburg 3500, Heilsbrunn 1060,75, Heide 400, Hufum 400, Jena 1350, Jöhode 450, Jüterburg 400, Kapla 150, Königsberg i. Pr. 10000, Kissingen 400, Kösslin 1000, Krövetin 200, Kellinghusen 100

Königsblutter 160, **Karlshöhe** 2, **Kirchhain** 70, 12, **Leipzig** 20 000, **Luftschiff** 800, **Ludwig** 220, **Lobenstein** 100, **Löbau** 500, **Randberg** a. d. W. 400, **Rangenhain** 100, **Serritz** 100, **Sandau** 70, **Sandberg** 8, 48, **Sandhüt** 278, 88, **Sandberg** a. d. W. 3, 32, **Marxant** 400, **Meininger** 120, **Meißen** 1100, **Müglitz** 1, 2, 250, **Meißner** 501, **München** 10, **Münchenbernsdorf** 70, 45, **Mühlau** 300, **Nossen** 200, 28, **Reiße** 8, 40, **Obdenburg** 1, **Politz** 46, 76, **Pöhlitz** 200, **Plauen** i. B. 1800, **Pforzheim** 26, 95, **Pyritz** 200, **Ruhla** 240, **Reichlinghausen** 350, **Rötha** 200, **Ronneburg** 100, **Rosenheim** 200, **Rheine** 100, **Reichenbach** 600, **Saalfeld** 70, 10, **Stuttgart** 12 777, 05, **Schöningen** 100, **Schmölln** 350, **Schneidemühl** 450, **Schwandorf** 150, **Seehausen** i. d. M. 1100, 120, **Stavenhagen** 300, **Schiffstadt** i. Gf. 200, **Suhl** 150, **Schlitz** 100, **St. Ludwig** 100, **Spandau** 800, **Strefa** 380, **Sprenberg** 300, **Schwartz** 150, **Senftenberg** 850, **Trebitz** a. d. Elbe 120, **Tübingen** 161, 20, **Trebnitz** i. Schl. 200, **Treuen** 200, **Tempelburg** 18, 40, **Ulm** 800, **Weißenfels** 500, **Worms** 300, **Werder** a. d. Havel 500, **Wittenberg** 200, **Wyl** 65, **Woldegg** i. Meißl. 60, **Wildeshausen** (von hiesiger Streikunterstützung zurück) 10, 20, **Wollin** i. S. 100, **Ziegenhals** 90, **Zerbst** 250, **Zielenzig** 300.

Futicrale.

Aue M. 10, Caputh 2, Eisenburg 2, Hensburg 2, Geesbacht 2, Jena 20, Pforzheim 70, Reichenbach 10, Schliersee 5.

Kalender.

Münchenbernsdorf M. 3, Reize 7,50, Pforzheim 100.

Die Reichsversicherungsordnung.

Caputh M. 2.

„Grundstein“-Einband und Decken.

Pforzheim M. 6.

Anfuhrtskarten.

Apenrade M. -60, Augsburg M. -60, Burgstädt 4,50, Bebra -60, Dresden 3, Gellrich -60, Frankfurt a. M. 6, Fürstenwalde 1,50, Gera 1,50, Gadersleben -60, Geilbrunn 12, Hof -60, Jagenow 1,20, Randberg a. d. W. 3, 32, Mainz 10, Mühlheim a. d. Ruhr 3, Nelle -60, Neß-3, Norderny 1,50, Pöhlitz 1,20, Rothenburg a. d. Obra -60, Reichlinghausen 3, Stargard i. Pomm. 1,50, Schwerin i. M. 3, Würzburg 6.

Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 11. bis 17. Mai sind nachfolgende Mitglieds- bzw. Interimsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und ersatzlos für die Mitglieder ausgestellt:

Nr.	Name des Mitglieds	Geburtsort	Geburtsdatum	Eintrittsdatum
092469	Bannert, Emil	Rasemitz	25.10.91	15.6.11
157171	Bartels, Louis	Brenne	31.5.81	29.5.09
058964	Baumgartner, M.	Wippen	8.1.89	22.5.11
0179189	Beiß, Paul	Leipzig	14.1.91	15.3.12
75986	Bolus, Kurt	Königsberg	26.3.88	9.7.07
77947	Borchers, A.	Soligau	8.12.88	2.7.06
089591	Czesinski, E.	Danzig	19.10.77	19.5.11
0197388	Defzer, P. D.	Holland	22.7.80	18.3.12
38514	Donbl, Jof.	Hohenbrunn	9.2.78	25.11.05
235860	Dufme, Aug.	Bernigerode	30.3.88	10.10.07
0147095	Ehner, Alois	Yndorf	6.6.?	10.10.11
048312	Effenberg, Wilh.	Salsburg	24.6.82	25.4.11
092787	Filla, Jof.	Jellowa	14.11.77	1.7.11
0100313	Fieglmann, G.	Hölsheim	7.5.87	8.7.11
138799	Goldschmidt, E.	Deffau	27.10.77	15.2.07
53970	Gregowa, Jof.	Schlaranizei	11.11.81	15.10.10
012783	Gammann, G.	Reinholdsholz	13.2.98	24.4.11
0127455	Germe, Arthur	Göttingdorf	15.9.98	27.6.11
0119431	Goh, Karl	Frankfurt a. M.	17.11.80	10.7.11
215345	Göhner, Paul	Saundersdorf	8.12.90	9.10.09
80563	Reil, Johann	Arrenath	19.5.78	5.10.04
0157349	Georg, Georg	Mannich	25.6.85	5.6.11
0248287	Krieger, Franz	Mannheim	8.6.65	22.4.12
216359	Lang, Bruno	Bernsdorf	2.10.87	26.4.10
115525	Mair, Eduard	Janaba	3.4.76	28.10.09
217528	Mannchen, Karl	Wernstätt	14.8.87	21.9.07
196348	Marin, Adolf	Falkenstein	19.1.?	1.6.06
098591	Maier, Anatus	Mühlhausen i. G.	28.10.94	8.5.11
019428	Mied, Karl	Konefsch	6.8.98	20.4.12
180274	Mörschauer, A.	Schwandorf	1.1.94	1.3.10
180271	Mörschauer, M.	Schwandorf	1.9.67	16.7.06
118108	Mohr, Jof.	Wilsau	28.9.87	23.5.09
169237	Mohr, Richard	Mülsdorf	15.12.79	8.8.08
123185	Mühl, Emil	Weißhof	25.1.62	13.05
130887	Mühl, Arthur	Wolde	15.6.80	15.6.10
48877	Mühl, Karl	Hölsheim	24.5.75	5.9.10
0154245	Schleifer, Alfred	Wartitz	25.4.98	9.4.12
25038	Schierb, Ernst	Dresden	16.5.87	23.5.10
25963	Schmidt, Emil	Wilmsh	10.7.59	3.5.09
0104200	Schober, William	Dresden	29.1.77	17.6.11
226605	Schröder, ?	Dresden	28.2.79	5.5.04
039527	Schulze, Chr.	Barnsdorf	17.8.59	20.3.11
188366	Siedenbiedel, G.	Einlage	28.12.72	1.10.10
011569	Sontowski, Gust.	Danzig	18.1.92	1.7.11
0181928	Steinbeck, Georg	Groß-Zimmern	18.3.85	29.7.11
015659	Stoltenwall, D.	Burg b. W.	20.8.87	4.3.11
0127718	Sulzator, S.	Sorotolo	4.3.74	25.7.11
123578	Tiebe, Otto	Grupa	16.4.70	1.8.03
0153537	Treusch, Philipp	Offenbach	28.3.71	28.8.11
0171906	Valentin, Jof.	Laffan	22.8.80	10.10.11
128619	Wenglistowski, J.	Rgl. Pientzen	20.1.92	1.2.10
46098	Wint, Konrad	Kanpenfelde	15.11.76	10.5.05
17682	Winfte, Heinrich	Rangenhain	22.2.85	20.4.02

Ausgeschlossen sind auf Grund § 40 Abs. 2a des Statuts vom Zweigverein Bebra: Adam Ludwig, geboren am 14. September 1892 zu Breitenbach, eingetreten am 1. Januar 1911 (Verb.-Nr. 230 337), Peter Brall, geboren am 22. September 1899, eingetreten am 8. November 1911 (0152 984), Jof. Gortler, geboren am 29. Oktober 1861, eingetreten am 1. März 1912 (0152 983), Peter Luchardt, geboren am 31. Januar 1887 (094 782), Adolf Pfer, geboren am 26. November 1878, eingetreten am 7. Mai 1911 (013 057), Karl Dyer, geboren am 8. August 1890, eingetreten am 7. Mai 1911 (013 056); vom Zweigverein Braunshweig: Fritz Reil,

geboren am 5. Mai 1879 zu Worsfelde, eingetreten am 6. März 1911 (03 466); vom Zweigverein Hof: Andreas Geffel, geboren am 16. September 1885, eingetreten am 4. Oktober 1903 (123 696); vom Zweigverein Königshöhe i. Pr.: Rich. Radtke, geboren am 2. Juli 1884 zu Königshöhe, eingetreten am 5. Juli 1902 (75 973) und Otto Kupat, geboren am 28. Mai 1883 zu Königshöhe, eingetreten am 30. Dezember 1905 (76 547).

Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Angefordert. seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Bebra: Wilhelm Richter, geboren am 17. Januar 1878 zu Rauen, eingetreten am 29. Juni 1908 (Verb.-Nr. 224 436).

Zweidienstliche Mitteilungen bitten wir an den Vorstehenden des betreffenden Zweigvereins gelangen zu lassen. Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Differenzen. Deutschland:

Allendorf-Sooden. Sperrung über die Firmen Heukroth in Allendorf a. d. W. und Wachsmuth in Soden a. d. W.
Backnang i. Würtemb. Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter.
Bebra. Streik.
Bernburg-Gröna. Sperrung über die Firma Fischer & Hagengut (Ziegeleibau).
Bernsdorf. Sperrung über den Unternehmer Schneider.
Bordesholm, Voerde und Umgegend. Aussperrung.
Borkum. Differenzen.
Borna. Differenzen.
Bütow. Sperrung über die Firma Körner (Norddeutsche Bau-Aktiengesellschaft).
Cassel. Streiks in Melsungen, Röhrenfurth u. Malsfeld.
Coburg. Streik.
Cöln. Gesperrt sind die Betonarbeiten der Firmen Gebr. Schömer und Hüfer bei der Herstellung des neuen Bahnkörpers, die Erdarbeiten des Unternehmers Besser am Fort Nüssenberg.
Dissen. Streik.
Dömitz. Streik in Dömitz, Bokup, Heiddorf, Niendorf, Klein-Schmöhlen, Mallitz, Neu-Kallitz, Konow und Polz.
Dresden. Sperrung über Baugenossenschaft Eigenheim, Kötzschenbroda. (Ausführender Architekt Born.)
Eilenburg. Sperrung über die Celluloidfabrik.
Einsiedel b. Chemnitz. Sperrung über die Firma Seifert.
Eisenach. Sperrung über Gebr. Krel in Lauchröden, Wilhelm Baum und Heinrich Buchenau in Herleshausen.
Eisenberg (Zweigverein Worms). Sperrung über den Unternehmer Mattheis.
Frankfurt a. M. Sperrung über die Firma Philipp Steinbach Söhne in Nied a. M.
Gartz a. d. O. Streik (Hilfsarbeiter).
Glessen. Sperrung über die Firma Kröck & Nesseldehner in Heuchelheim.
Gosslerhausen. Streik.
Gräfenthal. Sperrung über die Firma Gruber.
Gross-Umstadt. Lohn Differenzen.
Güsten. Sperrung über die Firma Burau.
Gützkow. Sperrung über die Firma Peters.
Hagen i. Westf. Sperrung über die Firma F. & J. Schmidt.
Hameln. Streik in Bodenwerder.
Heidenheim a. d. R. Sperrung über die Firma Feuerbacher (Inh. Witwe, Veil).
Hermannsburg. Streik.
Herzberg a. Harz. Streik.
Iochtershausen. Streik bei der Firma Franz Mascher.
Jarmen. Sperrung über die Firma Brandt.
Königsberg i. Pr. Streik der Leitergerüstbauer.
Landsberg a. d. W. Sperrung über den Unternehmer Schulz in Zantoch.
Leipzig. Sperrung über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, über die Bauten der Unternehmer Hennig und Beyer in Sellahausen, Paulinenstraße, und Küster in L.-Dösen, Ecke Johann- und Eigenheimstraße, sowie über die Firmen Maschinenfabrik Karl Krause, L.-Anger, Zweinaundorfer-Strasse, und Bernhard, Leipzig, Hardenbergstr. 46.
Lyck. Sperrung über den Unternehmer Rinio.
Möln i. L. Streik.
Mühlheim-Oberhausen. Sperrung über das Stahlwerk Thyssen.
Nannhof. Sperrung über Ebert & Hietschold.
Neustadt a. H. Sperrung über das Asphaltgeschäft von Ludwig Matern.
Nordenham. Aussperrung wegen Nichtanerkennung des Arbeitsausschusses.
Nürnberg. (Steinhauer.) Sperrung über die Firma Leikam.
Podajoch. Sperrung über die Firma Köhnmann und über die Arbeit der Unternehmer Neumann & Schneider in Finkenwalde.
Rotenburg i. Hannover. Sperrung über die Arbeiten der Unternehmer A. Junk und Wedekind.
Rügenwalde. Streik.
Samotisch. Aussperrung.
Schönfließ. Streik.
Schwelm i. W. Sperrung über die Putzarbeiten des Unternehmers Marsch aus Milse am Neubau des Realgymnasiums.
Schwensen b. Posen. Sperrung über die Firmen R. Iwan und A. Häfig.
Schwerte i. Westf. Sperrung über den Unternehmer Zench.
Seasburg. Streik.
St. Margarethen. Aussperrung.
Stargard i. Pomm. Streik bei dem Unternehmer Schöneberg.
Stettin. (Maurer.) Sperrung über das Eisenwerk „Kraft“ in Stolzenhagen-Kratzwick.
Stolp i. P. Streik in drei Orten Kubititz, Veddin und Lüllemün.

Tengern (Zweigverein Löhne). Streik.
Troisdorf b. Bonn. Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter auf der Friedrich-Wilhelms-Hütte.

Wahlitz. Sperrung über den Unternehmer Burghardt aus Steingrimma.

Westerstede. Streik.
Wismar. Sperrung über das Tiefbaugeschäft Nikolai & Wendler.

Zinnowitz. Sperrung über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadewasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Emke und Carl Mäke in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

Bochum. Sperrung über die Firma Werringloef.
Cöln. Sperrung über den Zwischenmeister Peter Gescher, über die Plattenfirma Hub. Wolf in Lindenthal.

Dortmund. Sperrung über die Zwischenmeister Lilienthal und Sommerstein in Barop bei Dortmund.

Essen. Sperrung über alle Arbeiten der Firma Lange sowie der Zwischenmeister Seiner und Dietrich-Kuhn.

Hannau. Sperrung über die Firma Aug. Hoehne Söhne. Hannau. (Terrazzoarbeiter.) Streik.

Königsberg i. Pr. Streik.
Mannheim-Ludwigshafen. Sperrung über die Firma Fuchs & Priester sowie über den Zwischenmeister Gustav Rost.

Mühlheim a. d. R. Sperrung über alle Arbeiten der Firma Krämer.

Gipser und Stukkateure:

Berlin. Streik.
Bremen. Streik.
Breslau. Sperrung über die Firma Simlinger & Gode.

Bruchsal. Sperrung über die Firmen H. Knoch, Franz Glück und E. Kullmann.
Karlsbad i. B. Sperrung über die Firma Holub.

Kattowitz. Gesperrt wegen Lohn Differenzen sind die Firmen Beinlich-Gleiwitz, Koppenhöfer-Beuthen, Baron-Königshütte und Pietruschka-Laurahütte.

Kempten. Lohn Differenzen.
Königsberg i. Pr. Streik.
Leipzig. Lohn Differenzen.

München. Sperrung über die Firma Fratton & Sellmaier.
Osabrück. Sperrung über die Firmen Pernot und Brouwers.
Schlettstadt. Sperrung über die Firma Bertele.
Luzern (Schweiz). Streik der Gipser und Stukkateure.

Isolierer und Steinholzleger:

Berlin. (Steinholzleger.) Sperrung über die Brandenburgerischen Steinholzwerke.
Cöln. (Steinholzleger.) Sperrung über die Eubelit-Werke (Vertreter: D. Deppe in Cöln), Korkelit-Werke von D. Deppe und Heinrichs.

Düsseldorf. (Steinholzleger.) Sperrung über Nafle & Otto, Kettenbell-Eisenach, Zweigggeschäft Düsseldorf und Barmen.

Eisenach. (Steinholzleger.) Differenzen mit der Firma Otto Kottenbell.
Leipzig. (Steinholzleger.) Sperrung über die Firma Emil Köllner, Asphaltwerk, Pölsnerweg.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Eimden, Hensburg, Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. G., Schleswig, Stade, Vegesack und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Gau Cöln.

Vertragsbrüche der Hamborner Unternehmer. Aus Dönsburg schreibt man uns: Im Vertragsgebiet Hamborn wird der organisierten Bauarbeiterchaft die Durchführung der im § 2 unseres Vertrages festgesetzten Arbeitszeit von zehn Stunden immer mehr erschwert. Das Verhalten der Unternehmer, insbesondere derjenigen, die dem Westdeutschen Arbeitgeberbunde für das Bauvergewerke angehören, sowie auch das Verhalten einiger Unorganisirter (Affordanten) ist nicht nur vertragswidrig, sondern als gemeingefährlich zu bezeichnen. Als willige Helfer im Kampf um die Herbeiführung einer verlängerten Arbeitszeit stellen sich einige Arbeiter oder Poliere zur Verfügung, um als „liebe Kinder“ für sich persönlich aus der Sache Vorteil herauszuschlagen. In der letzten Zeit kam es des öfters vor, daß Poliere, vornehmlich bei organisierten Unternehmern, den um Arbeit fragenden Kollegen erklärten: „Ja, Sie können anfangen, aber bei mir müssen elf Stunden gearbeitet werden.“ Es ist unerhörte, daß sich ein Beauftragter des Unternehmers derartiges erlaubt. Der Unternehmer, der als Vertragskontrahent nach § 9 des Vertrages seinen ganzen Einfluß geltend machen soll, um die Bestimmungen des Vertrages zur Durchführung zu bringen, begünstigt und verteidigt in den meisten Fällen das vertragswidrige Verhalten seiner Untergebenen. Kollegen, die nicht nach der Forderung der Poliere, fangen, werden nicht eingestellt. Ein anderer Teil der Kollegen, die auf der Bauten die Einhaltung der tariflichen Arbeitszeit und der Pausen fordern, wird unter Angabe nichtiger Gründe entlassen und drohtes gemacht. Trotzdem unsere Kollegen in diesem Frühjahr unter diesem festsitzenden Verhalten der Unternehmer und deren Helfer besonders zu leiden hatten, war es doch möglich, auf einem Teil der Bauten die tarifmäßige Arbeitszeit aufrecht zu erhalten. In den einberufenen Schlichtungskommissionen mußten die Unternehmer immer wieder in ihre Schranken verwiesen und zur Einhaltung des Vertrages gezwungen werden. Dies war jedoch den Unternehmern unzulässig, und so stellte in der Kommissionssitzung am 7. Mai d. J. der Vorsitzende der Unternehmer des Ortsverbandes Hamborn, Jordan, den Antrag: „Ist es gestattet, für das Vertragsgebiet Hamborn an Stelle der geschäftlichen eine elfstündige Arbeitszeit einzuführen, zumal wenn ein Teil der Arbeiter dieses wünscht?“ Es bedarf wohl kaum der Er-

wählung, daß die Vertreter der Arbeiter dieses Anstimmens der Unternehmer mit aller Entschiedenheit ablehnten. Nachdem die Abstimmung mit Stimmengleichheit (drei gegen drei Stimmen) erfolgt war, erklärte der Antragsteller, nunmehr das Einigungsamt über seinen famosen Antrag entscheiden zu lassen. Also auch vom Einigungsamt wollten sich diese „vertragsstreuen“ Unternehmer noch abheften lassen, daß eine Vertragsänderung auf diesem Wege nicht möglich, sondern unzulässig ist. Aber die Unternehmer verfolgten mit ihrem Vorgehen einen bestimmten Zweck, der für den Kenner der Sache nur zu durchsichtig ist. Nicht nur durch dieses Gebaren, sondern auch noch durch andere Mittel suchten die organisierten Unternehmer Stimmung für ihre Pläne zu machen. Ihr Vorgehen ließ nicht nur auf seinen Bauten, sondern auch auf denen anderer Unternehmer Bissen unter den Arbeitern zirkulieren zwecks Sammlung von Unterschriften für die einkündigende Arbeitszeit. Selbst-organisierten Unternehmern sandte Jordan diese Pläne zu mit dem dringenden Ersuchen, die Pläne, nachdem diese den Arbeiter zur Unterzeichnung vorgelegt seien, wieder an seine Adresse einzuschicken. Am Kopf einer jeden Liste befand sich folgender Satz: „Die unterzeichneten Maurer und Bauhilfsarbeiter erklären sich mit der zehnjährigen Arbeitszeit auf keinen Fall einverstanden, und wünschen in den Sommermonaten länger als zehn Stunden, wenigstens elf Stunden pro Tag arbeiten zu können, da sie den Sommer zum größten Teil auszukommen genötigt sind und sie in den Wintermonaten auf den im Sommer erübrigten Lohn angewiesen sind. Zumal bei Abscharbeiten halten es die Unterzeichneten nicht für angebracht, sich an eine bestimmte Arbeitszeit binden zu lassen.“ — Jeder Kommentator zu einer solchen vertragsbrüchigen Handlungsweise würde dessen Wirkung nur abschätzen. In den meisten Fällen wird die gewöhnlichen Unterschriften von den Kollegen mit Enttäufung zurückgewiesen werden. Wenn dennoch einzelne Unterschriften-erfolgt sind, so ist uns zur Genüge bekannt, mit welchen Mitteln dies erreicht worden ist. Gegen dieses gemeingefährliche Vorgehen der Unternehmer im Vertragsgebit nahm eine am 15. Mai stattgefundene stark besuchte Versammlung der Bauarbeiter Stellung. Kollege Ruff-Sohn schilderte in eingehender Weise die sich ergebenden Gefahren für die Arbeiter des Baugewerbes in der Stadt Garmorn, die durch das Vorgehen der Unternehmer entstehen müssen. Wenn es nicht anders gese, so müsse von den Organisationen das letzte Mittel angewandt werden, um auch im Garmorn Baugewerbe wieder ordnungsmäßige Zustände einzuführen. Nachstehende Resolution wurde von den Anwesenden einstimmig und mit großer Begeisterung angenommen: „Die am 15. Mai tagende, starkbesuchte Versammlung der Bauarbeiter Garmorns protestiert mit Entschiedenheit gegen das vertragsbrüchige Verhalten der Unternehmer des Gebiets. Die Versammlung beschließt, auf allen Arbeitsplätzen sofort die tarifliche Arbeitszeit von zehn Stunden zur Durchführung zu bringen. Sie beauftragt die Leitung der Organisationen, bei eventuellem Widerstand der Unternehmer oder deren Beauftragten die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den tariflichen Bestimmungen Anerkennung zu verschaffen. Bei notwendig werdenden Arbeitseinstellungen verpflichten sich alle Anwesenden, den in Betracht kommenden Kollegen alle notwendigen Unterstützung zu gewähren.“ — Kollegen, nun wollen wir, da die Unternehmer nicht anders wollen, diesen zum Range aufspielen. In keinem Tage sollen mehr als zehn Stunden gearbeitet werden. Sonnabends beträgt die Arbeitszeit nur neun Stunden. Nach der Resolution wird es, wenn die Unternehmer nicht noch einlenken, zum Kampfe kommen. Es gilt, das unter schweren Opfern Ertrungene zu verteidigen und weiter zu setzten zum Nutzen der gesamten Bauarbeiterschaft Garmorns. Darum übe jeder Solidarität!

Gau Dortmund.

In Schwerte ist das Geschäft des Unternehmers Friedrich Reuch gesperret. Der Unternehmer weigert sich, den geltenden Tarifvertrag anzuerkennen. Mit unsern Verbandskollegen stellen aus circa 140 italienische Gebirgler die Arbeit ein. Die vorhergehenden Bemühungen, diese Leute für die Organisation zu gewinnen, waren vergeblich, trotzdem ihre Arbeitsverhältnisse dringend eine Verbesserung bedürfen, wie ja auch die Arbeitseinstellung beweist. Sie wollten es aber durch direkte Aktion kriegen. Erreicht haben sie, daß ihnen der Unternehmer für die letzten drei Tage keinen Lohn zahlte, weil sie nicht gekündigt hatten. Die direkte Aktion endete also für den Unternehmer mit einem Gewinn von etwa M. 1200. Jetzt kann er sich andere Italiener holen und es mit denen in vier Wochen genau zu machen. — In Hennigshagen bei Herde ist das Geschäft des Unternehmers Einigkeit gesperret, weil dieser eine Lohnreduzierung versuchte. Außerdem müssen die Kollegen am Sonntag der Unternehmer nach Feierabend in den Wirtschaften suchen, wenn sie Geld haben wollen. — Im Zweigvereingebiet Wöhne i. W. wurde für die Orte Oerndorf, Hennigshagen, Westscheid gemeinsam mit dem christlichen Bauarbeiterverband ein Vertrag abgeschlossen, der den Kollegen bis zum 31. März 1913 eine Lohnerhöhung von 6 S bringt. Der Vertrag dauert bis 31. März 1914.

Aus Hagen schreibt man uns: Der Vertrag der Unternehmer. Seit zwei Wochen haben die dem Mitglied des Arbeitgeberverbandes Friedr. Reuch in Schwerte i. W. eff. die Maurer und Bauhilfsarbeiter im Aufstand. Reuch zahlte vor dem 1. April den vertragsmäßigen Lohn. Er erhielt auf sein Submissionsangebot fünf Unterzeichnungen an der Strecke Schwerte-Geleise. Um nun zu verdienen, wurde nicht mehr vertragsmäßiger Lohn gezahlt. Reuch zahlte für einen Teil der Maurer statt 56 S. nur 56 S. für „erstklassige“ Maurer 56 S., wie es der Vertrag vorsieht. Aber ärger treibt er es noch mit den Bauhilfsarbeitern. Bauhilfsarbeiter beschäftigt Reuch überhaupt nicht, bei ihm sind alle „Erdarbeiter“. Bauhilfsarbeiter sollen pro Stunde 46 S. erhalten. Reuch zahlte nur 44 S. bis herab zu 39 S. An die Vertreter der Organisation stellte Reuch das Ansuchen, eine Liste der Kollegen aufzustellen, die zu wenig Lohn erhalten hätten. Als ob er nicht wüßte, wenn er zu wenig Lohn ausgezahlt hat. Daß die Hüter der öffentlichen Ordnung nicht schlafen, wo es heißt, den Geldbeutel des Unternehmers zu schützen, versteht sich am Bande.

Gau Erfurt.

Aus Coburg teilt man uns mit: Bei dem Streik der Bauarbeiter ist bis jetzt eine Verenderung nicht zu verzeichnen. Die Unternehmer machen nach wie vor die größten Anstrengungen, um „Arbeitswillige“, hauptsächlich aus der Bamberger Gegend, herbeizuholen. Sie spiegeln den dortigen Kollegen vor, der Streik wäre beendet. Hauptsächlich der Unternehmer Strobel leistet hierin Großartiges, indem er die borige Gegend per Auto bereist. Er hatte auch Glück. So kamen am 6. Mai früh zwei Maurer und zwei Arbeiter aus Straßburg und nahmen die Arbeit bei Kempt auf. Mittags wurden sie aber wieder herausgeholt. Nachmittags kamen weitere drei Maurer aus Wiesengrund. Diese wurden sofort in ein Auto verladen und fort ging es in die Stadt. Unsere Kollegen führen mit ihren Fahrrädern nach, bis die Fahrt in Neuses bei Coburg endete, wo die Leute abgesetzt wurden. Aber auch dort wurden sie die Leute abgeholt und nach der Stadt zurückgebracht. Am andern Morgen fanden die Unternehmer das Nest leer. Am 14. Mai kamen auf eine Karte des Unternehmers Roth aus Galtstadt bei Bamberg sechs Kollegen, worunter sich sogar zwei befanden, die am 21. März die Arbeit mit niedergelegt hatten. Es ist bedauerlich, daß die dortigen Kollegen, unter denen sich auch solche befanden, die schon sieben Jahre dem Verband angehören, auf solche Tricks der Unternehmer noch hereinfallen. Wir möchten den dortigen Kollegen raten, sich erst bei der Streikleitung zu erkundigen, ob die Angaben der Unternehmer richtig sind. Im übrigen ist die Kallung der Streikenden musterhaft. Von den in den Kampf eingetretenen 247 Maurern sind jetzt ganze vier zu „Arbeitswilligen“ geworden, und zwar die Maurer Carl Keil, Georg Müller, Peter Müller und S. Langguth. Bleibt die Haltung der Streikenden wie bisher, dann müssen die Unternehmer von Coburg die berechtigten Forderungen der Bauarbeiter, ob sie wollen oder nicht, voll und ganz anerkennen. Die Zweigvereine der Umgegend ersuchen wir, den Zugang nach die vor fernzuhalten.

Gau Frankfurt.

Aus Gießen schreibt man uns: Heuchelheim bei Gießen ist seit 1908 in das mittelbayerische Vertragsgebiet einverleibt, aber die dortigen Unternehmer glauben trotzdem, den Vertragslohn nicht zahlen zu brauchen. Damit konnten sich unsere Kollegen nicht einverstanden erklären und eine Bauarbeiterversammlung beschloß, nochmals mit den Unternehmern zu unterhandeln. Die Unternehmer lehnten es bei der Verhandlung ab, den Tariflohn zu zahlen; sie wollten 3 bis 4 S. pro Stunde zurückgeben. Daraufhin legten die dort beschickten Kollegen die Arbeit nieder. Als den Unternehmern nun die Sache dringlich wurde, erkannten sie den Tarif an, bis auf die Firma Kriebel & Neßelbacher, die sich weigert, den Lohn zu zahlen. Das Charakteristische hierbei ist, daß die beiden Inhaber stiller jählich Verbandsmitglied waren und ihnen bei Lohnbewegungen die Sache nicht rasch genug ging. Die Firma ist nun für unsere Kollegen gesperret.

Gau Hamburg.

Ueber die Arbeit des Unternehmers Schmidt in Sahnentamp (Wohngebiet Elmshorn) ist die Sperre verhängt worden, weil der tariflich festgesetzte Lohn nicht bezahlt wird. Zugang ist fernzuhalten.

Gau Hannover.

In Herzberg a. S. hat eine Versammlung, am 17. Mai beschloßen, am 18. Mai die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Schon im vorigen Jahre wurde den Unternehmern eine Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes von 36 S. auf 40 S. überreicht; die Unternehmer haben dann nach wiederholtem Verhandeln den Lohn auf 37 S. erhöht, nur ein Unternehmer, der dem die Arbeit etwas drängte, zahlte 38 S. Als in diesem Frühjahr die Forderung von 40 S. wiederholt wurde, gaben die andern drei Unternehmer, unsere Kollegen damit befriedigen zu können, wenn sie nun ebenfalls 38 S. zahlten. In der zweiten Verhandlung am 7. Mai erklärten uns die Unternehmer, daß sie bereit seien, noch in diesem Jahre eine Lohnerhöhung zu gewähren, wenn wir den Unternehmer Ruffin in Sieber veranlassen könnten, dort einen höheren Lohn zu zahlen. Dies ist geschehen; wir haben Ruffin durch Arbeitseinstellung gezwungen, den Lohn in Sieber sofort von 40 S. auf 44 S. und am 1. April n. J. auf 48 S. zu erhöhen. Nebenbei sagt, blieben bei diesem Akt zwei Kollegen aus dem Zweigvereinsgebiet Osterode „Arbeitswillige“ stehen. Trotzdem wir also unsere eingegangene Verpflichtung prompt erfüllt hätten, lehnten es die Unternehmer ab, vom 1. Juli an eine weitere Erhöhung des Lohnes zuzubilligen. Somit blieb den Kollegen nichts anderes übrig, als zur Arbeitseinstellung zu greifen.

Gau Karlsruhe.

In dem Beton- und Asphaltgeschäft Ludwig Matern in Neustadt a. d. S. legten am 20. Mai sämtliche Zementierer und Hilfsarbeiter die Arbeit nieder. Die Ursache waren Preisregelung und Lohnhöhen. Zugang ist auch für Fliesenleger fernzuhalten.

Gau Rünigsberg.

In Sensburg sind die Maurer am 18. Mai in den Streik eingetreten, um die zehnjährige Arbeitszeit und eine Erhöhung des Stundenlohnes durchzusetzen. Gesperret sind die Baustellen der Unternehmer Sorrens & Reefe. Während 55 Maurer die Arbeit einstellten, blieben zehn „Nachkollegen“ als „Arbeitswillige“ stehen. Die Unternehmer suchen arbeitswillige Maurer aus der Provinz heranzuziehen, bisher allerdings ohne den geringsten Erfolg. Bei dem heutigen Stande der Organisation in Ostpreußen dürfen die Sensburger Unternehmer bald zu der Überzeugung kommen, daß Maurer ohne Genehmigung des Deutschen Bauarbeiterverbandes überhaupt nicht zu bekommen sind. Hat diese Einsicht erst bei ihnen Platz gegriffen, dann werden sie einen ehrlichen Frieden dem offenen Kampfe schon vorziehen.

Gau Leipzig.

Aus Chemnitz schreibt man uns: Der Zweigverein führte im laufenden Quartal zwei Lohnbewegungen, die beide

ohne Arbeitseinstellung wesentliche Verbesserungen für die Mitglieder unseres Verbandes brachten. Der für Thalheim i. Erzgeb. geschlossene Tarif lief am 1. April d. J. ab. Die Verträge, mit den Unternehmern vor Ablauf des Vertrages in Unterhandlungen zu treten, hatten keinen Erfolg. Die Kollegen stellten darauf am 28. März Forderungen auf, die den Unternehmern unabweisbar wurden. Die Konjunktur war leidlich gut, und so fügten sich die Baumeister doch noch veranlaßt, mit der Organisation zu verhandeln. Das Ergebnis der Verhandlungen war eine Lohnerhöhung von 5 S. für alle Bauarbeiter, die in drei Etappen eintritt: 2 S. sofort, weitere 2 S. am 1. Januar 1913 und 1 S. am 1. Juli 1913. Der Vertrag läuft bis 31. März 1914. Weiter wurden noch einige Verbesserungen allgemeiner Art erzielt. Der Erfolg ist um so höher zu veranschlagen, weil vor zwei Jahren erst eine ganz bedeutende Verbesserung der Lage der Thalheimer Kollegen erreicht worden ist. An der jetzigen Lohnhöhe haben 80 Kollegen Anteil. — Unter ganz andern Verhältnissen fand die Bewegung in Eintriedel statt. Hier hatten wir es nicht, wie in Thalheim, mit schon geregelten Verhältnissen zu tun, sondern Eintriedel war Neuland. Trotzdem dieser Ort ziemlich nahe an die Großstadt grenzt, war es nicht möglich, eine Organisation in Eintriedel zu schaffen, weil sich hier alle die Elemente angesammelt hatten, die die Organisation für zwecklos hielten. So ist es begrifflich, daß in Eintriedel recht schlechte Arbeitsbedingungen herrschen. Im Winter dieses Jahres stand der Lohn für Maurer noch auf 45 S. und für Hilfsarbeiter auf 33 S. Im Frühjahr war es nun endlich gelungen, auch in Eintriedel organisierte Kollegen unterzubringen. Wir leiteten eine Bewegung ein, die am 15. Mai ohne Streik zu einer Vereinbarung führte, nach der vom 1. Mai ab der Stundenlohn für Maurer und 45 S. für Hilfsarbeiter gezahlt wird. Den schauerhaften Zuständen ist nun ein Riegel vorgeschoben. Die Verbesserung, die durch den Vertrag erreicht wurde, kommt annähernd 100 Kollegen zugute. Die rückständigen Gebiete in unserm Zweigverein sind nun bis auf wenige Orte besetzt. Hoffentlich gelingt es in diesem Jahre noch, auch diese Orte zu erschließen und geregelte Arbeitsbedingungen zu schaffen, so daß am Jahresabschluss der Chemnitzer Zweigverein eine nach jeder Hinsicht geschlossene Organisation aufweist. Momentan findet wir dabei, für die Erarbeiteten und für die Kollegen in Weinersdorf und Umgebung die Arbeitsverhältnisse zu regeln.

Gau Stuttgart.

In Schiltach haben unsere Kollegen nach eintägiger Arbeitseinstellung nennenswerte Vorteile erreicht. Der Lohn für Maurer und Gipser wurde um 8 S., der Lohn für Hilfsarbeiter um 9 S. pro Stunde erhöht. Die Arbeitszeit wird 1913 von elf auf zehn Stunden verfürzt. Der Abschluß eines Tarifvertrages bringt außerdem manche erhebliche Vorteile. — In Wächang haben die Maurer und Bauhilfsarbeiter am Schulhausneubau die Arbeit niedergelegt. Die Antwort auf die eingereichten Forderungen war eine durchaus unbefriedigende. Die Löhne der Maurer schwanken zwischen 40 und 45 S. pro Stunde, die der Hilfsarbeiter zwischen 30 und 35 S. — Unsere Zuffinger Kollegen (Maurer, Gipser und Hilfsarbeiter) haben durch ihre Forderungen die Verfürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden erreicht. Da aber die Unternehmer nur eine Lohnerhöhung von 2 bis 3 S. haben eintreten lassen und sich außerdem weigern, einen Tarifvertrag abzuschließen, so kann es schließlich noch zum Kampf kommen. — Auch die Kollegen in Singen am Hofenweil regen sich. Sie wollen Forderungen einreichen, um durch einen Vertrag die notwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Berichte.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unsern Händen sind.

Dresden. (Vierteljahrsbericht.)

Am 7. Mai berichtete der Zweigvereinsvorstand in einer Versammlung über die Tätigkeit im verlossenen Quartal folgendes: Die günstige Konjunktur hat in diesem Frühjahr recht lebhaft eingelebt. Die bestehende Kleinwohnungsnot läßt darauf schließen, daß die gute Konjunktur noch längere Zeit anhalten wird. Durch den starken Zugang gibt es aber auch viel Arbeit, um die Zugliger, die teils gar nicht organisiert sind, der Organisation zuzuführen. Bei der letzten Statistik im Wohngebiet Dresden ist festgestellt worden, daß allein auf 427 Baustellen mit 5581 Beschäftigten 130 Unorganisierte und 184 in andern Verbänden organisierte sind. An sechs Affordbaiten sind ebenfalls zugereichte Maurer beschäftigt. Nach dem Beschluß der Dresdner Kollegen und dem Tarifvertrag sind alle Mitglieder verpflichtet, den Affordbaitern im Rohbau, ganz gleich ob Maurer oder Hilfsarbeiter, mehr entgegenzutreten als bisher. Der Mitgliederbestand war am 31. Dezember 1911 12.272; er ist bis 31. März 1912 auf 12.628 gestiegen. Eingetreten sind 669, aus andern Verbänden übergetreten 203, zugereicht 216, abgeteilt 157, in andere Verbände übergetreten 156, gestrichen 62, ausgetreten 43, ausgeschloßen 2 und gestorben 42; 270 Kollegen sind bezogen oder abgereicht, ohne sich ab- oder umzumelden. — Für die Fliesenleger und Steinholzleger sind Verträge abgeschlossen worden. Die Arbeitszeit für Fliesenleger ist auf acht Stunden, die für Steinholzleger auf neun Stunden festgesetzt. Auch ist der Lohn bis zu 10 S. pro Stunde erhöht worden. Mit den Tiefbauunternehmern ist versucht worden, einen Tarif abzuschließen, aber der Vorsitzende der Tiefbauunternehmer hat eine Verhandlung abgelehnt mit der Begründung, die Verhältnisse im Tiefbau seien ganz verschieden, auch ganz anders, als die auf dem Hochbau, selbst ein Tarifabschluß unmöglich. An den Kollegen dafür liegt es nun, bei den Tiefbauern die Organisation einheitlich auszubauen, um diesen probenhaften Standpunkt der Unternehmer zu brechen. — Differenzen waren 90 zu schlichten, trotzdem alles tariflich geregelt ist. Da möglichweise 1913 ein gewaltiger Kampf im Baugewerbe geführt werden wird, haben wir alle Veranlassung, eine intensive

Agitation zu entfalten, um den Unternehmern geschlossen gegenüberzutreten zu können. Die Einnahme und Ausgabe betrug für die Hauptkassette N 32 399,30. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von N 15 522,72 und eine Ausgabe von N 18 007,85. In der Einnahme ist der Lokalfassenbestand der Stuttfarter von N 1327,59 enthalten. Die Bilanz ergibt ein Kassensaldo von N 203 412,02. Auf Antrag der Revisionen wurde dem Kassierer Entlassung erteilt.

Frankfurt a. M. (Vierteljahresbericht.)
Am 12. Mai tagte in „Frankfurter Kongresshalle“ die Generalversammlung für das erste Quartal, die von drei Mitgliedern des Vorstandes, elf Mitgliedern des Ausschusses, drei Revisoren, 123 Delegierten aus 102 Zahlstellen, fünf Vertretern der Spezialverbänden und fünf Vertretern der größeren Arbeiterkreise besucht war. Sieben Vertreter hatten Doppelmandate. Der Geschäftsbericht erstattete der Kollege Wilsch, Scheider. Der Geschäftsbericht erstattete der Kollege Wilsch, Scheider, der die Delegierten ermahnte, in den Zahlstellen Bericht über die Verhandlungen der Generalversammlung zu erstatten und das hier Gesagte im Interesse der Organisation zu verwenden. In unsern Aufgaben im ersten Quartal gehörte die Feststellung des Jahresberichts, der immer ein gewisser Reichtum für unsere Tätigkeit ist. Auch die Geschäftsberichte der Zahlstellenbücher im Büro zu bemerken. Die Zusammenstellung des Bücherberichts für die Zahlstellen, die Vorbereitung der Frühjahrsagitation, Vorstandes- und Vertrauensmännerversammlungen, Versammlungen usw. sowie die Beförderung der Bücher der übergetretenen Stuttfarter verursachten einige Arbeit. Die Lohnhöherungen und Bewegungen haben nicht ausgekehrt, sie dauern fort und werden voraussichtlich im Baugewerbe nicht mehr aufhören. Die Lohnbewegung der Holzwerker ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Die Leiterkassierer haben einen Betrag mit 50 Pfund 5 S Lohnhöhung abgeschlossen. Am Bahnbau bei Höchst im Odenwald sind durch die Bewegung schöne Erfolge erzielt worden. In Niederhamborn hat mit den Unternehmern ein dreijähriger Vertrag vereinbart, er wurde aber nicht sofort unterzeichnet und die Unternehmern sind durch das eigenartige Verhalten einiger Kollegen unzufrieden, so daß nur ein einjähriger Vertrag zustande kam. In Offenbach a. M. hatten wir einen Konflikt mit der Stuttfarterfirma Hüfner, der zur Arbeits einstellenung führte und mit einem Erfolge der Kollegen endete. Am Hotelneubau in Bad Nauheim wurde die Firma Grüber für Stuttfarter keine Zulage; durch unser Eingreifen wurde die Zulage geändert und für die zurückliegende Zeit nachgezahlt. Am Bahnbau in Nauheim führte die Firma Schmidt & Sohn ähnliche Arbeiten aus und zahlte auch keine Zulage. Die Kollegen hielten es aber nicht für notwendig, in der Versammlung zu gehen, in der die Sache beraten werden sollte. So wurde nichts unternommen und die Kollegen haben auch nichts erhalten. Unsere Kollegen in den Landorten müssen wir Vorhaltungen machen, weil sie untätig zusehen, wie für geradezu erbärmliche Löhne gearbeitet wird. Dies geschieht sehr oft aus vermeintlicher Rücksicht auf die älteren Kollegen; das ist aber falsch; denn das ist kein Schutz der Kollegen, sondern der Unternehmer als Ausbeuter. Es werden zum Beispiel in Schaafheim (Kreis Dieburg) nur 30 S Stundenlohn für Maurer gezahlt. In Hochheim b. D. wurde im vorigen Jahre ein Kampf geführt, der resultatlos verlief. In diesem Jahre teilten wir den Unternehmern mit, daß wir, wenn sie nicht mehr zahlen wollten, erneut die Sperrre erklären würden. Eine Versammlung hat denn auch so beschlossen, obwohl einige Kollegen mit den Unternehmern paktieren wollten. Jetzt wird dort 1 S Lohn mehr gezahlt als in Friedberg. In Erzbach waren die Kollegen sofort mit den Unternehmern einig, weil sie ermahnt aufzutreten. Ähnlich lag es in Dreieichenhain. Bei den Verhandlungen über eine besondere Lohnzulage für Hanau, Höchst a. M., Friedberg und Bad Nauheim sagte Herr Rüdiger, wir müßten versuchen, die Löhne auf dem Lande höher zu bringen. Zurzeit besteht eine Sperrre bei der Firma Neus in Friedberg, da diese den für Friedberg vereinbarten Lohn für Betonarbeiten nicht zahlt. In der Bementbranche haben wir dauernd Kämpfe zu führen, da die Unternehmer stets bestrebt sind, billige Arbeitskräfte zu bekommen. Will der Firma J. Kunz Löhne in Höchst a. M. wo ein langwieriger Kampf notwendig war, ist gegen den Willen des Arbeitgeberverbandes ein höherer Lohn vereinbart worden. Zu laden ist, daß einige Zahlstellen die von uns gewünschten Auskünfte nicht in der erforderlichen Weise erteilen. Dies muß in Zukunft anders werden. Auch muß den Beschlüssen der Generalversammlung unbedingt Rechnung getragen werden. — Den Kassensaldo gab Kollege R. Schneider. Die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse betragen N 27 092,10. Für die Lokalfasse betragen die Einnahmen inklusive Kassensaldo vom letzten Quartal N 121 740,45, die Ausgaben N 13 612,14, wovon N 1725,47 als Anteile in den Zahlstellen verblieben sind, so daß ein Kassensaldo von N 108 128,31 verbleibt, wovon N 103 666 zinstragend angelegt sind. Die Mitgliederzahl beträgt am Schluß des Quartals 9148 gegen 8854 am Schluß des vierten Quartals 1911; davon sind 6589 gelernte und 2559 ungelernete Arbeiter. Warten wurden insgesamt 42 207 umgehelt. Ueber die Benutzung der Bibliothek berichtete Kollege Herrmann. Er führte aus: Mit dem Erfolg von der Erweiterung unserer Bibliothek und der damit verbundenen Einrichtung von Wanderkollektionen können wir heute, wenn auch erst ein halbes Jahr verfloßen ist, zufrieden sein, jedoch müssen wir dieser Erfolg als Ansporn zur rüstigen Weiterarbeit verwenden. Es sind zurzeit in rund 30 Zahlstellen Bücher aus dem Bestand der Bibliothek, davon zwölf feste Kollektionen mit je etwa 50 Bänden, die übrigen mit je 10 bis 20 Bänden. Da sich durch die Zusammenstellung dieser Kollektionen und die stärkere Benutzung der Bibliothek in Frankfurt ein Mangel an Bestoff bemerkbar macht, so beantragt der Ausschuss, N 300 zur Anschaffung weiterer Bücher bereit zu stellen. Eine Zusammenstellung der in den Jahren 1908 bis jetzt geliehenen Bände ergibt folgendes Bild: Es wurden gelesen: 1908 = 136, 1909 = 62, 1910 = 117, 1911 = 160, 1912 = 172 Bände, davon ungefähr ein Drittel von auswärtigen wohnenden Kollegen. Aus dem Bestande der festen Wanderkollektionen wurden nach den Berichten aus acht Zahlstellen von Mitte November bezw. Anfang Dezember bis Anfang Mai 706 Bände von 353 Kollegen gelesen, das ist allein in den acht Zahlstellen mehr als in den übrigen Jahren zusammen. Hieraus geht klar hervor, daß wir mit

dieser Einrichtung auf dem rechten Wege sind, indem wir auch die Bauarbeiter auf dem Lande zum Lesen anhalten, was seither fast als unmöglich erschien. Bauen wir deshalb unsere Bibliothek in der begonnenen Weise weiter aus, so wird unsere aufgewendete Mühe nicht umsonst sein. In der Diskussion äußerten mehrere Kollegen ihre Befriedigung mit dem Resultat der Benutzung der Bibliothek und empfahlen den Antrag des Ausschusses zur Annahme, worauf dieser einstimmig angenommen wurde: Der Bewilligung des Ausschusses von N 100 für die Vorzeigungsveranstaltung wurde nachträglich zugestimmt. Ein Antrag der Zahlstelle Hanau a. M. nach dort einen Beamten zu berufen, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, da die Gliederung des Zweigvereins eine derartige Teilung nicht zuläßt. Kollege Zimmer sprach dann über die Verteilung des Ueberflusses bei Affordarbeit. Er betonte, der Ueberfluß müsse an alle am Afford beteiligten Arbeiter, ob alt oder jung, ob Maurer oder Ziegler, nach dem Verhältnis des Lohnes und der geleisteten Arbeitszeit gleichmäßig verteilt werden. Es sei notwendig, daß alle in Afford beschäftigten Kollegen fordern, daß der Affordbeschuß nicht durch den Parteiführer, sondern vom Unternehmer selbst ausgerechnet und ausgeführt werde. Wo hiergegen verstoßen wird, ist sofort dem Zweigvereinsvorstand Mitteilung zu machen, damit die Sache in der vertragsmäßigen Weise geregelt werden kann. Kollege Heidemann wies noch kurz darauf hin, daß eine unserer Hauptaufgaben in der Zukunft sein müsse, unsere Organisation so zu gestalten, daß wir uns auf unsere Kollegen in jeder Weise verlassen können. Es solle besonders das Baubertrauensmännertreffen ausgebaut werden; wozu in nächster Zeit Sitzungen der Vertrauensleute stattfinden und besondere Kontrollbücher ausgegeben werden sollen.

Schwaberg. In unserm Zweigverein sind fast sämtliche hier beschäftigten Gipser und Stuttfarter organisiert. Die drei oder vier noch fernstehenden sind nicht organisiert, und wir legen auch keinen Wert auf sie. Die Einzigen, und das geschlossene Zusammenhalten der organisierten Gipser und Stuttfarter hat im Laufe dieses Frühjahrs die Unternehmung veranlaßt, den Tarif wieder anzuhalten, den sie gebrochen hatten. Sehr schlecht sieht es dagegen mit den Maurern und Bauhilfsarbeitern, bei denen von etwa 250 nur 20 organisiert sind. Unter solchen Umständen war es auch noch nicht möglich, einen Arbeitsvertrag und Lohnsatz zustande zu bringen. Es ist an der Zeit, daß sich diese Leute dem Deutschen Bauarbeiterverband anschließen. Bei der am 4. Mai stattgefundenen öffentlichen Versammlung für die italienischen Kollegen, in der Kollege Wolff referierte, hatten wir auch nicht den gewünschten Erfolg. Dagegen hat unsere Zahlstelle Schilbach eine erfolgreiche Lohnbewegung hinter sich, die nach einem eintägigen Streik beendet wurde. Obwohl die Zahlstelle erst ein bißchen über ein Jahr besteht, wurde eine Lohnhöhung von durchschnittlich 20 pSt. erreicht. Nur auf einer Baustelle wurde nicht gestreikt, weil dort unsere Kollegen „arbeitslos“ waren und sich „berufswidrig“ ließen. Es ist daher jetzt Pflicht eines jeden Kollegen, agitatorisch tätig zu sein und an der weiteren Stärkung unserer Organisation mitzuarbeiten.

Ergebnis der Arbeitslorenzählung am 30. März 1912.

Im Monat März geht im Baugewerbe die Winterruhe zu Ende. Wo die Witterungsverhältnisse es zwingen gestalten und Arbeit vorhanden ist, wird die Tätigkeit im Bauberufe wieder aufgenommen. Das Ergebnis der am 30. März vorgenommenen Zählung der arbeitslosen Mitglieder unseres Verbandes liefert hierfür die Bestätigung. Von 264 241 befragten Mitgliedern sind 29 521 oder 11,2 pSt. als arbeitslos gezählt worden. Der neunte Teil der Mitglieder war somit arbeitslos. Am 24. Februar waren 24,4 pSt. und am 27. Januar 49,0 pSt. der befragten Mitglieder ohne Arbeit. Die Zahl der am diesmaligen Zähltag als arbeitslos gezählten Mitglieder ist gegenüber dem Vormonat um über die Hälfte, gegenüber der Januarzählung um nahezu ein Fünftel der damals vorhandenen Arbeitslosen zurückgegangen. — In der Zählung haben von 1069 Zweigvereinen 901 teilgenommen gegenüber 948 am Februarzähltag und 969 am 27. Januar. Es ist somit ein weiterer Rückgang der beteiligten Zweigvereine zu verzeichnen. Bei manchen Zweigvereinsleitungen scheint die irrümliche Meinung vorzuherrschen, daß mit zunehmender Arbeitslosigkeit der Arbeitslorenzählung nicht mehr die Bedeutung zukomme, wie im Winter, wenn die Hälfte und mehr der Mitglieder zum Feiern gezwungen sind. Zum größten Teile sind es kleinere Zweigvereine, die bei der Zählung fehlen. In manchen dieser Orte werden die Mitglieder sämtlich in Arbeit stehen. Wo sich unsere Kollegen in einer derart günstigen Position befinden, darf man aber nicht folgern, daß sich deswegen eine Zählung der Arbeitslosen erübrigt. Auch dann, wenn sich ergibt, daß kein Mitglied arbeitslos ist, muß das Berichtsformular gewissenhaft ausgefüllt und dem Verbandsvorstand rechtzeitig, eingeleistet werden; denn zur richtigen Beurteilung des allgemeinen Beschäftigungsgrades ist es dringend notwendig, daß auch die Zweigvereine berichten, wo Arbeitslosigkeit zurzeit nicht vorhanden ist. Von großen Zweigvereinen fehlt als einziger Stuttgart, woher trotz mehrfacher Erinnerung ein Bericht nicht zu erlangen war. Die 901 an der diesmaligen Zählung beteiligten Zweigvereine haben 289 514 Mitglieder, von denen 264 241 befragt worden sind. Die Zahl der Mitglieder der beteiligten Zweigvereine ist gegenüber dem Vormonat um rund 6100 gestiegen. Die Ursache hierfür dürfte einmal an der allgemeinen Mitgliederzunahme und dann daran liegen, daß diesmal erstmalig die Stuttfarter an der Zählung beteiligt sind. Das jahrgemäße Verhältnis der befragten zu den vorhandenen Mitgliedern ist im Berichtsmonat gegenüber den Vormonaten etwas besser geworden. Dennoch wurde ein sehr erheblicher Teil der Mitglieder, etwa 25 200, bei der Zählung nicht

befragt. Die mit der Zählung betrauten Kollegen und mehr noch alle übrigen Mitglieder müssen nach Kräften dazu beitragen, das möglichst alle Mitglieder von der Statistik erfasst werden. — Von den 264 241 befragten Mitgliedern waren 29 521 oder 11,2 pSt. arbeitslos, und zwar folgten 20 657 Mitglieder wegen Arbeitsmangels, 1388 Mitglieder waren durch Witterungsverhältnisse am arbeiten gehindert und 7476 Mitglieder konnten infolge Krankheit nicht arbeiten. Im Verhältnis zu Hundert betrug die Arbeitslosigkeit wegen Arbeitsmangels 7,8 pSt., wegen Witterungsverhältnissen 0,5 pSt., wegen Krankheit 11,2 pSt. der befragten Mitglieder. In Arbeit standen 234 720 oder 88,8 pSt. der Mitglieder. — In den einzelnen Berufen wurde unter den Hilfsarbeitern der höchste Stand der arbeitslosen Kollegen gezählt. Von hundert Hilfsarbeitern waren 13,4 arbeitslos; ihnen folgen die Stuttfarter und Zementierer mit je 12,8 arbeitslos von hundert beteiligten Berufskollegen; weiter waren bei den Holzrern 11,6, bei den Erdarbeitern 10,0 und bei den Maurern 9,8 Kollegen von hundert der Beteiligten arbeitslos. Der letztgenannte Beruf zählt somit verhältnismäßig die wenigsten Arbeitslosen.

In der prozentualen Beteiligung der einzelnen Landes- teile an der Zahl der festgestellten Arbeitslosen tritt gegenüber den Vormonaten eine Verschiebung ein. Den höchsten Stand verzeichnete diesmal Ost- u. Westpreußen mit 20,2 pSt., den niedrigsten Württemberg, Baden, Rheinpfalz mit 7,1 pSt. Unter dem 11,2 pSt. betragenden Reichsdurchschnitt stand die Zahl der als arbeitslos gezählten Mitglieder ferner in Westfalen, Lippe, Waldeck mit 8,1 pSt., in Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen mit 8,3 pSt., in der Provinz Sachsen, den sächsischen Staaten, Anhalt mit 9,0 pSt., in der Rheinprovinz mit 9,2 pSt., in Königreich Sachsen mit 9,3 pSt., in Ostpreußen und Großherzogtum Hessen mit 9,8 pSt., in Pommeren mit 11,1 pSt. In der Provinz Schlesien stand die Zahl der Arbeitslosen mit dem Reichsdurchschnitt auf 11,2 pSt. Ueber den Reichsdurchschnitt betrug die Zahl der als arbeitslos gezählten Mitglieder in Bayern ohne Rheinpfalz 13,2 pSt., in Ost- und Westpreußen 13,8 pSt., in Mecklenburg 15,0 pSt., in Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck 15,3 pSt., in Brandenburg, Berlin 16,1 pSt. und in Ost- u. Westpreußen 20,2 pSt. Nachstehende kleine Tabelle ermöglicht einen Vergleich des Standes der Arbeitslosigkeit an den letzten vier Zähltagen. Sie enthält den Prozentsatz der gesamten Arbeitslosigkeit im Verhältnis zu den befragten Mitgliedern.

Landesteil	1911		1912	
	16. Dezbr.	27. Janr.	24. Febr.	30. März
Provinz Ostpreußen, Westpreußen und Posen	29,0	75,2	58,3	13,3
Provinz Pommeren	16,3	76,8	39,4	11,1
Provinz Schlesien	19,4	64,0	38,4	11,2
Provinz Brandenburg (einschließlich Berlin)	23,1	59,3	36,0	16,1
Provinz Sachsen, sächsisch-gesch. Staaten u. Anhalt	11,1	52,2	24,9	9,0
Provinz Ostpreußen, Großherzogtum Hessen	9,2	36,3	24,3	9,9
Rheinprovinz	7,2	17,8	15,2	9,2
Provinz Westfalen, sächsisch-tümm. Lippe und Waldeck	6,5	29,6	22,2	6,1
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Staatsgebiet Bremen	8,3	48,9	19,5	8,6
Provinz Schleswig-Holstein und Staatsgebiet Hamburg und Lübeck	8,1	49,8	24,8	15,3
Weide Mecklenburg	30,6	79,1	59,1	15,0
Königreich Sachsen	10,4	47,5	28,1	9,3
Königreich Bayern (ohne Rheinpfalz)	18,0	46,3	32,9	13,2
Königreich Württemberg, Großherzogtum Baden u. bayerische Rheinpfalz	10,4	40,2	21,8	7,1
Ost- u. Westpreußen	23,0	40,4	31,8	20,2
Reichsdurchschnitt	13,8	49,0	29,4	11,2

Obwohl nach dem Reichsdurchschnitt die Zahl der Arbeitslosen an Zähltag im März etwas kleiner war als am Dezemberzähltag, so hatten einige Landesteile doch im Dezember weniger Arbeitslose zu verzeichnen als im März. Dies trifft namentlich für die eigentliche Industriebezirke zu bezeichnenden Landesteile, besonders aber für Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck. In den andern Landesteilen, wie in Brandenburg, Berlin und besonders im Osten Deutschlands hat dagegen die Arbeitslosigkeit in recht erfreulichem Maße abgenommen. Immerhin ist sie auch im März noch recht hoch. Auch in den übrigen Landesteilen kann noch eine recht erhebliche Arbeitslosigkeit konstatiert werden. Inwiefern hierauf noch die Nachwirkungen des Winters oder die sonstigen für die Beurteilung der Konjunktur maßgebenden Umstände von Einfluß sind, läßt sich erst übersehen, wenn die Berichte von den nächsten Zähltagen zusammengefaßt werden. — Die Zahl der in andern Berufen nachübergehend beschäftigten Mitglieder ist bei der diesmaligen Zählung auf 987 angegeben. Sie ist somit gegenüber dem Vormonat bedeutend zurückgegangen, was darin seine Ursache haben mag, daß viele Kollegen bei Zunahme der Bautätigkeit wieder Beschäftigung im Bauberufe finden. Es sei aber nochmals darauf hingewiesen, daß Mitglieder, die infolge Arbeitslosigkeit im Bauberufe vorübergehend in einem andern Berufe Arbeit gefunden haben, als arbeitslos zu zählen sind. Auf dem Berichtsformular ist dann zu vermerken, wie viele von den als arbeitslos gezählten Mitgliedern in andern Berufen arbeiten.

Table with columns: Landesteil, Zahl der bestehenden Gewerkschaften, Zahl der Mitglieder, Zahl der Befragten, and various sub-categories of workers (Handwerker, Arbeiter, etc.) across different provinces.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen. In Danzig war in der letzten Zeit der Zugang von Arbeitskräften so stark, daß sich bereits eine große Arbeitslosigkeit bemerkbar macht...

Ueber die Aussicht der verschiedenen Berufe im deutschen Schutzgebiet

Schreibt die Deutsch-Südafrikanische Zeitung in Capetown: Wenn man die verschiedenen Berufsstände betrachtet und die Aussichten, die diese bei einer Auswanderung nach unserem Schutzgebiet haben...

Gipser und Stukkateure.

Aus Augsburg schreibt man uns: Man kann sich eines recht eigentümlichen Gefühls nicht erwehren, wenn man den Uebertritt der Stukkateure im Reich mit dem von Augsburg vergleicht. Laut Bekanntmachung des Vorstandes sind 96 Pst. der Stukkateure zum Bauarbeiterverband übergetreten...

In Berlin fand am 11. Mai zwischen den Beauftragten beider Parteien eine unverbindliche Aussprache statt, die das Ergebnis zeitigte, daß am 14. Mai eine Unterkommission unter dem Vorsitz des Herrn v. Schulz...

vollen Anerkennung der tariflichen Bestimmungen. Zu den beiden Arbeitseinstellungen ist zu bemerken, daß die Organisation der Gipsermeister tarifpflichtige Firmen nicht in ihren Schutz nimmt...

Isolierer und Steinholzleger.

Stuttgart. Die Lohnbewegung der Steinholz- und Bodenleger in Stuttgart, Feuerbach und Ludwigsburg ist beendet. Erreicht wurde die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen. Der Stundenlohn wurde für Steinholzleger auf 70 Pf. für Hilfsleger auf 62 Pf. und für Hilfsarbeiter auf 55 Pf. erhöht...

Die Tarifverhandlungen im Isoliergewerbe.

Wie wir bereits in voriger Nummer des „Grundstein“ berichteten, sind die zentralen Verhandlungen im Isoliergewerbe an der Frage der Lohngarantie bei Aflorarbeit gescheitert. Heute wollen wir noch einen kurzen Ueberblick über den Verlauf der bisherigen Verhandlungen geben...

sonders schlechten Bedingungen auf die Orte mit besseren Verhältnissen übertragen. Das gilt besonders von der Arbeit mit heißem Metall, der Reifezeit, Wartezeit und auch von der Affordarbeit.

Das Ergebnis der dreitägigen Verhandlungen wurde dann in Form eines Tarifentwurfs zusammengestellt, um es den Zöllnern zu unterbreiten. Hierbei wurden auch in jenen Punkten, wo eine Eingung zwischen den Unterhändlern nicht erzielt worden war; die Angebote der Unternehmer mit aufgenommen, um auch sie den Zöllnern zur Kenntnis zu bringen. Die Zugeständnisse bezüglich Bezahlung der Reife- und der Wartezeit sowie die Lohnzulage für Aritarbeit wurde, von den Zöllnern als ungenügend oder als direkte Verschlechterung der bisherigen Bedingungen abgelehnt. Festigen Widerspruch fand auch die Einteilung der Arbeiter in vier Kategorien, weil in manchen Orten die Notwendigkeit hierfür fehlt. Auch einige andere Punkte fanden die Zustimmung der Zöllner nicht. Dieser allgemeine Widerspruch, die schwierige Frage der Affordarbeit, die bei den Verhandlungen im Februar bereits ausgehakt werden mußte, und der Umstand, daß die meisten Sektionen nur an den hohen Festen genügend besuchte Versammlungen zur Entscheidung so wichtiger Fragen abzuhalten imstande sind, da die Mitglieder meistens auswärts arbeiten, machten es unzulänglich, wie erst geplant war, schon am 15. März die Verhandlungen fortzusetzen. Der Verbandsvorstand sah sich daher veranlaßt, beim Zentralverband der Zöllnerfirmen die Verlängerung der Verhandlungen bis nach Ostern und die Verlängerung des Provisoriums bis 1. Juni zu beantragen, dem dieser auch zustimmte. Zur Klärung der Situation wurde eine Konferenz der Zöllner einberufen.

Die an den Ostertagen stattgefundenen Versammlungen der Zöllnersektionen haben dann zu dem Ergebnis der im Februar stattgefundenen Verhandlungen sowie auch zu den Beschlüssen der Zöllnerkonferenz Stellung genommen. Dabei sind von einigen Sektionen sogar die Beschlüsse der Konferenz als ungenügend angefochten worden. Der Verbandsvorstand hat die Beschlüsse der Konferenz und der Sektionsversammlungen zu einem neuen Vertragsentwurf zusammengestellt und dem Zentralverband der Zöllnerfirmen am 4. Mai zugesandt, um ihm Gelegenheit zu geben, sich bereits vor den Verhandlungen damit beschäftigen zu können.

Zur Fortsetzung der Verhandlungen traten dann Vertreter beider Parteien am 13. Mai in Magdeburg zusammen. Doch die Verhandlungen liefen gar nicht erst zustande kommen zu sollen; denn Herr Samuels gab im Auftrag der Unternehmer die Erklärung ab, sie würden nur dann in Verhandlungen eintreten, wenn die Arbeiter ihren neuen Vertragsentwurf zurückgäben. Diese Forderung wurde damit begründet, der Entwurf sei zu spät eingeleitet, um mit den Bezirksverbänden vorher darüber Rücksprache nehmen zu können. (Die Herren scheinen ganz vergessen zu haben, daß sie bei den Verhandlungen im Februar ihren Tarifentwurf den Arbeitern erst bei Beginn der Verhandlungen unterbreiteten.) Ferner, sie hätten erwarten dürfen, daß an dem Ergebnis der Verhandlungen im Februar dieses Jahres Änderungen nicht vorgenommen würden, da doch der Deutsche Bauarbeiterverband bereits mit der Firma Grünzweig & Hartmann einen Vertrag auf Grund dieses Ergebnisses abgeschlossen habe. Die Arbeitervertreter widersetzten diese Einwände. Einmal konnte man die Unternehmer den Entwurf nicht früher zustellen, als bis sich die Sektionen geäußert hätten; dann sind auch die Änderungen nicht so geräuschvoll, wie es die Unternehmer darstellen, vor allem nicht völlig neu. Dann aber kann das Ergebnis der Februarverhandlungen auch nicht als endgültig angesehen werden. Ein Vertragsabschluss mit der Firma Grünzweig & Hartmann liegt ebenfalls nicht vor, sondern es haben mit dieser nur am 22. Februar Verhandlungen stattgefunden, also zu einer Zeit, wo sich die Sektionen zu dem Ergebnis der Verhandlungen noch gar nicht hätten äußern können. Trotzdem beharrten die Unternehmer bei ihrem Verlangen, während die Arbeiter erklärten, es liege nunmehr doch eigentlich bei den Unternehmern, ihr Verlangen aufzugeben, nachdem ihre vorgebrachten Gründe widerlegt seien. Herr Steinbrück läßt dann die Spannung, indem er anregte, die Arbeiter möchten, bevor man auseinander gehe, sich über ihre Stellung zur Affordarbeit, als der wichtigsten Frage, äußern. Diesem Wunsche wurde entsprochen. Die Arbeitervertreter teilten mit, die Zöllner hätten sich seit November vorigen Jahres bereits zweimal sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt und beide Male die Affordarbeit grundsätzlich abgelehnt, weil sie sich bei der Verschlechterung der Arbeit nicht recht fertige und die Zöllner in ein ganz unhaltbares Schuldenverhältnis bei den Firmen bringe. Aber in dem Bewußtsein, daß man eine völlige Freisetzung der Affordarbeit noch nicht gleich erreichen werde, sei man bereit, dort, wo die Affordarbeit bisher noch in größerem Umfange üblich sei, sie auch während der Vertragsdauer zuzulassen, wenn dort beide Parteien sich über einen Affordtarif einigen und wenn im Vertrage allgemein die Lohngarantie bei Affordarbeit anerkannt würde.

Die nun einsetzende Debatte drehte sich ausschließlich um die Frage der Lohngarantie; die Unternehmer lehnten sie ab, die Arbeiter erklärten sie für unerlässlich. Nach den Argumenten der Unternehmer sollte man glauben, die Wehrzahl der Zöllner sei vertrauenswürdig und gehe nur darauf aus, ihre Unternehmer zu schädigen (obwohl doch das Gegenteil zutrifft, was schon die Eigenart des Gewerbes bedingt). Die Ausführung der Arbeiten während die Zöllner sie beschließen, die Firmen könnten daher größere Arbeiten nur durchführen, wenn sie vorher wünschten, was sie selbst dafür an Arbeitslohn zu zahlen hätten. Die mit unterbreitete, hat folgenden Wortlaut:

Arbeiter zeigten an der Hand von Beispielen, daß der Zöllner den Preis einer Arbeit vorher gar nicht genau bestimmen kann, weil die Herstellungsdauer einer Arbeit zu sehr von Neben Umständen abhängt, auf die der Zöllner keinen Einfluß habe. Daher komme es ja auch, daß so viele Zöllner bei ihren Firmen verheiratet seien, indem sie bei den Affordarbeiten ihren Lohn nicht einmal verdienen könnten. Indirekt gaben die Firmen das auch zu; denn sie wollten dem einzelnen Zöllner das Recht zugestehen, Affordarbeit abzulehnen, wenn sich vor Beginn der Arbeit ergebe, daß sie nicht in Afford auszuführen sei. Die Stellung des einzelnen Arbeiters seinem Unternehmer gegenüber ist aber eine viel zu schwache, als daß eine solche Klausel einen genügenden Schutz vor den Schäden der Affordarbeit bilden könnte. Wenn der Zöllner erst einmal an Arbeitsorte gelangt ist, ist es nicht so leicht, die Ausführung der Arbeit in Afford abzulehnen. Man gab ferner zu, daß der Arbeiter nicht bei allen Arbeiten auf seinen Lohn kommen würde, meinte aber, dafür werde er bei andern Arbeiten wieder mehr verdienen. Nachdem die Unternehmer, besonders Herr Samuels, immer wieder mit dem Einwand kamen, die Zöllner seien nicht zuverlässig genug, d. h. sie arbeiteten zu unterschiedlich, als daß die Firmen noch eine Arbeit kassulieren könnten, wenn sie den Lohn garantieren müßten, sahen sich die Arbeiter schließlich doch veranlaßt, ihnen zu sagen, ihre eigenen Ausführungen zeigten die Verschärfung der Forderung der Arbeiter. Früher hätten die Unternehmer die Einführung der Affordarbeit immer damit begründet, daß die Arbeiter mehr verdienen sollten. Davon sei aber heute keine Rede mehr. Die Ablehnung der Lohngarantie bedeute bei der Verschlechterung der Arbeit und des Materials doch nichts anderes, als das Risiko der Kalkulation auf die Arbeiter abzuwälzen. Diese Erklärung wurde zwar von den Unternehmern mit Entzweiung zurückgewiesen, aber in Wirklichkeit hat die Ablehnung der Lohngarantie diese Wirkung doch, selbst wenn die Affordpreise erhöht und, wogu Herr Samuels sein Einverständnis erklärte, das schlechtere Material bei der Preisfestsetzung als Grundlage genommen wird.

Schließlich wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die Unternehmer erklärten sich bereit, die Sache ihrer am folgenden Tage stattfindenden Generalversammlung zu unterbreiten, die dann entscheiden sollte, ob nochmals zentrale Verhandlungen versucht werden sollten. Zum Schluß wurde noch das vertragswidrige Verhalten der Firma Meinhof & Co. in Leipzig und Dresden von den Arbeitern zur Sprache gebracht. Nach den Mitteilungen des Herrn Dr. Karwehl sucht sich die Firma darauf herauszureden, daß sie für nichtorganisierte Zöllner in Leipzig den Vertrag nicht eingeworfen brauche, und in Dresden bestelle kein Vertrag mehr, da er im Herbst v. J. von den Arbeitern gebrochen worden sei. Die Arbeiter rücken dann das Verhalten der Firma in das richtige Licht. — Der Beschluß der Generalversammlung des Zentralverbandes der Zöllnerfirmen ist uns zurzeit noch nicht bekannt. Darüber, was nun geschehen wird, läßt sich also noch nichts sagen. Das Provisorium sollte nach den früheren Vereinbarungen am 1. Juni ablaufen. Aber auf die Anfrage des Kollegen Roeslow am Schluß der Verhandlung, ob die Unternehmer damit einverstanden seien, daß diese provisorische Vereinbarung vorläufig bestehen bleibe, also ein alterer Kriegszustand noch nicht eintrete, erklärte Herr Samuels das Einverständnis der Unternehmer.

Nachdem vorstehender Bericht bereits fertiggestellt war, ging dem Verbandsvorstand am Montag nachmittag folgendes vom 18. Mai datiertes Schreiben des Zentralverbandes der Zöllnerfirmen zu:

An den Deutschen Bauarbeiterverband, Hamburg 25, Wallstraße 1.

Die uns in der gemeinschaftlichen Kommissions-sitzung vom 13. d. M. vorgelegte protokollarische Erklärung zur Frage der Affordarbeit sowie die neuen Forderungen über den unsern Verbandsfirmen-bisher vorgelegten Tarifvertragsentwurf hinaus haben wir unserer Generalversammlung unterbreitet.

Da Sie nun in jener Erklärung hervorgehoben haben, daß die Affordarbeit bezüglich geregelt werden und ohne Garantie des Stundenlohnes nicht zulässig sein solle, und da überdies Ihre neuen Forderungen in so beträchtlichem Maße über die bisherigen Vereinbarungen hinausgehen, hat unsere Generalversammlung einstimmig beschlossen, von dem Abschluß des geplanten Reichstags abzusehen. Die Versammlung hat aber den einzelnen Bezirksverbänden das Recht eingeräumt, in ihrem jeweiligen Bereich einzeln Tarifverträge auf der Ihnen bekannten Basis abzuschließen.

Wir können Ihnen deshalb nur anheimstellen, sich, falls Ihnen hieran gelegen ist, an unsere Bezirksverbandsvorstände zu wenden.

Wir bebauern, daß durch die von Ihnen neu gestellten Forderungen, und besonders durch Ihre Stellungnahme zur Affordfrage, die Angelegenheit des Reichstagsabschlusses, der wir so viel Arbeit und Mühe geopfert haben, zum Scheitern gebracht ist.

Hochachtungsvoll

Zentralverband der Zöllnerfirmen Deutschlands, Der Generalsekretär: Dr. F. Karwehl.

Die in diesem Schreiben erwähnte protokollarische Erklärung bezüglich der Affordarbeit, die dem Vertrage anzufügen die Arbeiter eventuell vorschlagen wollen, und die nach Abbruch der Verhandlungen den Unternehmern übergeben wurde, damit man sie der Generalversammlung mit unterbreite, hat folgenden Wortlaut:

Protokollarische Erklärung.

Bei den Verhandlungen über die Arbeitsweise im Zöllnergewerbe hat sich herausgestellt, daß zwischen den Parteien ein grundsätzlicher Streit besteht über die Zulässigkeit der Affordarbeit. Der Zentralverband der Zöllnerfirmen vertritt den Standpunkt, daß die Affordarbeit nötig und durchführbar ist; die Zöllner dagegen halten die Affordarbeit für durchaus schädlich für die Arbeitsweise, die zu Puscharbeit anreizt und die den Zöllnern trotz ganz ungerechtfertigter Heberanforderung nicht einmal in allen Fällen den tariflich festgesetzten Lohn gewährleistet. Beide Parteien halten an diesen Grundätzen fest.

Es wird deshalb davon Abstand genommen, diese Streitfrage in dem vorliegenden Zentraltarif zu regeln, sondern die Zulässigkeit oder das Verbot der Affordarbeit wird örtlicher (bezirklicher) Vereinbarung überlassen. Für die örtliche Regelung werden hiermit folgende Grundätze aufgestellt:

Die Zulässigkeit der Affordarbeit ist davon abhängig, daß zwischen den örtlichen Organisationen ein Affordtarif abgeschlossen ist. Durch diesen Affordtarif müssen der tarifliche Stundenlohn und die tariflichen Lohnzuschläge garantiert werden. In Orten, wo die Affordarbeit bisher nicht üblich war, das heißt wo die große Mehrzahl der Zöllner die Ausführung von Arbeiten in Afford ablehnt, ist die Einführung dieser Arbeitsweise auch fernerhin unzulässig. Wo die Affordarbeit nicht vereinbart oder für unzulässig erklärt worden ist, dürfen auch auswärtige Firmen nicht in Afford arbeiten lassen.

Der Verbandsvorstand wird umgehend zu dem Entschlusse des Zentralverbandes der Zöllnerfirmen Stellung nehmen und den Sektionen die erforderlichen Mitteilungen machen.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

In die

Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter.

Werke Kollegen!

Zu den benötigten Sommerbaukontrollen stehen bei der unterzeichneten Kommission Fragebogen und Zusammenstellungsformulare unentgeltlich zur Verfügung. Die Kollegen werden erlucht, davon recht rege Gebrauch zu machen. Bei diesen Kontrollen empfehlen wir im Interesse einer Weiterentwicklung des Bauarbeiterschutzes, auf die Art der Verwendung von Leigergeräten und ferner darauf zu achten, wie der Zugang zu diesen beschaffen ist. Auch der auffällige Rückgang des Schutzes bei Dacharbeiten bedarf unserer Aufmerksamkeit. — Außerdem soll in der Zeit vom 1. bis 15. Juni nach einem mit dem Verbandsvorstand ausgehandelten Fragebogen eine allgemeine Erhebung bei den Betonbauten vor sich gehen. Auch diese Fragebogen werden nach einer Mitteilung über die benötigte Zahl von uns den Vertrauenspersonen zugesellt. Sämtliche ausgefüllten Betonbestauftragebogen sind bis 30. Juni dieses Jahres an den Unterzeichneten einzuliefern.

Mit Gruß

Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission.

J. A. G. Feinke, Berlin SO 16, Engelauer 15.

Wodum. Am 11. Mai erlitt der Erdbarbeiter Johann Olmert, bei Renalstärkungsarbeiten in Altenbochum an der Harpener Straße beschäftigt, einen tödlichen Unfall. Als er im Begriff stand, einen Stempel in den Auswurf abzuhebeln, löste sich ein größerer Stein und fiel O. auf den Kopf. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und verhielt bereits auf dem Transport ins Krankenhaus. — Am 15. Mai stürzte ein beim Raminbau auf der See „Amalia“ in Werne bei Wodum beschäftigter Raminbauer der Firma Droschagen in Herne vom Ramin in die Tiefe. Er war sofort tot.

Chemnitz. Am 17. Mai passierte auf dem elektrischen Werk am Nordpol ein schwerer Baumfall. Es wird dort zurzeit die Baugrube eines Neubaus ausgeschachtet. Zurhebung der Erdmassen wird ein Dampfsektor verwendet, der die Förderungsarbeiten aus der Baugrube hebt und sie in ein Lastautomobil entleert. Gegen 11 1/2 Uhr gerbrach bei eierne Bolzen, der die Aufzugskette mit dem Karabiner verbindet, und so stürzte der gefüllte etwa 15 Zentner schwere Förderkasten 10 m tief herab, schlug dabei auf einen anderen Kasten auf, dieser stürzte um und begrub den Arbeiter Bach, der mit andern an dieser Stelle das Gleis in Ordnung brachte, unter sich. Die andern Arbeiter konnten sich noch rechtzeitig retten. Bach wurden beide Beine und ein Arm gerodet, weiter erlitt er schwere Verletzungen im Gesicht und am Kopf (Nasenbruch usw.). Er hatte sehr viel Blutverlust. Auch innere Verletzungen schwerer Art gesehien sich hinzuzugleichen, so daß es sehr fraglich ist, ob er mit dem Leben davonkommen wird. Der Unfall wäre vermieden worden, wenn dieser Kastenbogen in bezug auf Tragfähigkeit öfter geprüft worden wäre, wie das ja auch die Unfallberichterstattung vorschreiben. — Am Neubau Grimm, Dierckstraße, brach der Maurer Wenzel Wiesner in der ersten Etage durch den Festboden und stürzte bis ins Parkerte, wo er demutlos liegen blieb. Nachdem er sich erholt hatte, wurde er nach seiner Wohnung gebracht.

Dresden. Am Neubau Mätern in der Weinbergstraße stürzte der Kollege Klemens Becker von einer 2 1/2 m hohen Mauer und zog sich eine Hüftverletzung zu. Ein Versuch, an diesem Unfall ist niemandem zuguzuschreiben.

Duisburg. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am 14. Mai auf dem Bau der elektrischen Zentrale in Heinhäusen, die von der Firma Gebr. Krieger-Duisburg ausgeführt wird. Mehrere Arbeiter waren damit beschäftigt, einen schweren T-Träger zu transportieren. Beim Abwerfen des Trägers geriet ein

Anzeigen

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirksstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Zimmermeisters. Der Umstand allein, daß der Kläger den Laden betreten hatte, um eine Bestellung für seinen Arbeitgeber anzurufen, vermag einen ausreichenden Zusammenhang mit dessen Betrieb nicht zu begründen. Eine Verpflichtung der Baugewerkschafts-Vereinsgenossenschaft kann daher nicht in Frage kommen. Der Unfall ist aber dem Betriebe des Kaufmanns zuzurechnen, weil der Kläger durch seine Hilfeleistung in diesen Betrieb eingetreten ist. Dieser Annahme steht der Umstand, daß die Hilfeleistung nicht von längerer Dauer war und daß zwischen dem Kläger und dem Kaufmann kein Lohn vereinbart war, nicht entgegen. Denn es handelt sich nicht um eine belanglose Tätigkeit, sondern um eine Arbeitsleistung, die der Kläger an Stelle eines fehlenden Arbeiters zu verrichten hatte. Wenn auch nicht der Kaufmann selbst den Kläger um die Hilfeleistung ersucht hätte, so war dies doch durch einen seiner Angestellten geschehen, und es kann nach der ganzen Sachlage unbedenklich angenommen werden, daß der Kaufmann mit der Hilfeleistung einverstanden war. Der Kläger ist daher für die Dauer der von ihm geleisteten Hilfe als Arbeiter im Betriebe des Kaufmanns anzusehen, und sein Anspruch auf Rente ist daher gegenüber der Arbeiter-Vereinsgenossenschaft begründet.

Polizei und Gerichte.

Coburg. Am 10. Mai wurde der Kollege Joh. Müller wegen angeblicher Bedrohung des Arbeitsschlichters Wittig aus Judenthal, dem er zugerufen haben soll: „Wenn Du bis Freitag nicht fährst, so helfen wir Dir aus der Baubude heraus“, zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte behauptet, er habe gesagt, Wittig solle es sich bis Freitag überlegen, ob er nicht aufhören wolle. Weiter wurden die Kollegen G. Fingel und Aug. Gelsaar zu je einer Woche Gefängnis verurteilt. Sie sollen dem arbeitsschlichter „Maurer Emil Müller aus Coburg am 9. April „Schwarzer Hund“, „Schlossler“, „Lump“, „Du wirst photographiert, Dein Bild kommt in die „Neue Welt“ zugerufen haben. Die Angeklagten stellen dies in Abrede, doch bleibt der Kläger trotz Vorhaltens des Richters — weil noch acht bis zehn Kollegen die zugehen — und ein weiterer Zeuge des Müller auch nicht angeben konnte, vor gerufen haben — dabei, daß es die Angeklagten gewesen seien. Gegen dieses Urteil wird Berufung eingelegt werden, da durch Zeugen nachgewiesen werden kann, daß keiner der Angeklagten die Worte gerufen hat.

Zentralkrankenasse.

In der Woche vom 12. bis 18. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 750, München 400, Leipzig 200, Leipzig-Neudorf 200, Neudorfendorf 200, Neurrupin 200, Wittenau 150, Gräfentonna 130, Golzow 100, Groß-Marienbergr 100, Rünenburg 100, Saarmünd 100, Witzgberg 100, Zwenkau 100, Forst i. d. R. 72,85. Summa M. 2802,85.

Zufüsse erhielten: Jahndt M. 300, Münsterl. B. 300, Sandbach 200, Heubach 150, Ober-Schönweide 150, Swinemünde 150, Eppelheim 100, Hagen i. B. 100, Bölgig 100. Summa M. 1550.

Altona, 18. Mai 1912.
Fr. Kläffen, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 75.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angelegten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Parteibuchhandlung).

Das neue Recht der Hilfskassen mit Musterfassung eines kleinen Versicherungsvertrages auf Gegenseitigkeit. Von Friedrich Klees. Verlag Dr. Eduard Schnapper, Frankfurt a. M. Preis M. 1. — Die Aufhebung des Hilfskassengesetzes ist für weite Kreise von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Sämtliche Hilfskassen müssen ihre Organisation verändern und sich der neuen Rechtslage anpassen. Zur rechten Zeit erscheint die vorliegende Broschüre, die alle in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen übersichtlich zusammenstellt und das sehr komplizierte Recht erklärt. Deshalb wird die Broschüre nicht allein den Krankenkassen, sondern allen sozialpolitisch interessierten Kreisen willkommen sein.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beiliegend ist.)

In unserer Expedition sind noch mehrere Einbände für den „Grundstein“, Jahrgang 1911, vorrätig. Die Decke kostet M. 1,10. Bestellungen einzelner Kollegen ist der Kollege so gleich beizufügen.

Bartenstein. Die Versammlungsanzeigen müssen für jede Versammlung besonders eingeleitet werden.

Seitrichswalde. Wenn die Zahl der Dachdecker so klein ist, daß sie eine eigene Organisation für ihren Beruf nicht bilden können, dann können sie sich unsern dortigen Zweigverein anschließen, andernfalls müssen sie eine Zahlstelle des Dachdeckerverbandes gründen. Der „Grundstein“ steht dir zu Recht bei uns organisierten Dachdeckern ebenso zur Verfügung wie allen andern Kollegen.

B. in München. Mein, von den deutschen Lokalfisten hat kein Vertreter am französischen Bauarbeiterkongress teilgenommen. Viele hätten dort auch nichts zu suchen, da die französische Bauarbeiterorganisation unserer Bauarbeiter-Internationale angehört, mit der selbstverständlich das wackerbauende lokalistische Bauarbeiter in Deutschland keinerlei Verbindung hat.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 16 A.)

- Mittenberg.** Am 12. Mai starb unser Verbandskollege **Leopold Saue** aus Wündischleuba im Alter von 59 Jahren.
- Bergan a. Nien.** Am 12. Mai starb unser Kollege **Wilhelm Bohl** in Sagar an der Prostatierkrankheit. Er war stets ein treues Mitglied der Organisation.
- Berlin.** Am 12. Mai starb unser Mitglied **Fritz Schliewenz** im Alter von 61 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 16. Mai starb unser Mitglied **Paul Butke** im Alter von 53 Jahren an Herzschlag.
- Bielefeld.** Am 14. Mai schied unser Mitglied **Dietrich Stötting** im Alter von 36 Jahren freiwillig aus dem Leben.
- Sornia.** Am 13. Mai starb unser Kollege **Robert Mier** an Lungenerkrankung. — Am 13. Mai starb unser Kollege **Hermann Müller** aus W. h. n. i. s. an Herzlähmung.
- Dresden.** Am 12. Mai starb unser Kollege **Willh. Heinrich** aus Niederperwitz im Alter von 52 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 13. Mai starb der Kollege **Emil Brose** aus Bannewitz im Alter von 32 Jahren an Lungenschwindsucht.
- Erlangen.** Gestorben ist unser Kollege **Eichtmayer** im Alter von 44 Jahren an Lungentuberkulose.
- Gleichen.** Am 11. Mai starb unser Kollege **Oswald Kreisler** im Alter von 26 Jahren an Bruchleiden.
- Greiz.** Am 12. Mai starb unser langjähriges Mitglied **Friedrich Hofmann** aus G. o. m. l. a. im 64. Lebensjahre an Lungenerkrankung.
- Hannover.** (Zahlstelle Rickingen.) Am 16. Mai starb unser Kollege **Joseph Gerhode** im Alter von 69 Jahren an den Folgen eines Betriebsunfalles.
- Hirschberg.** Am 15. Mai schied unser Kollege **Karl Hornig** im Alter von 30 Jahren infolge Schwerkraft freiwillig aus dem Leben.
- Siel.** Am 10. Mai starb unser Kollege **Wilhelm Müller** im Alter von 32 Jahren an Lungenerkrankung.
- Leipzig.** Am 18. Mai starb unser Kollege **Ernst Grubbe** im Alter von 56 Jahren an Lungenerkrankung.
- Lissa i. B.** Am 1. Mai starb unser treuer Kollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Emil Stöhr** im Alter von 35 Jahren an Lungenerkrankung.
- Löbau.** Am 17. Mai starb unser Kollege **Reinhold Kottwitz** im Alter von 20 Jahren an Rückenmarkschleimhautentzündung.
- Lübeck.** Am 10. Mai starb der Verbandskollege **W. Singelmann** im Alter von 33 Jahren durch Unfall auf der Baustelle. — Am 14. Mai starb nach kurzen Krankenlager der Verbandskollege **H. Sahlmann** im Alter von 63 Jahren.
- Melbörz.** Am 15. Mai starb nach langjährigem Leiden unser Kollege **Jakob Dreessen** im Alter von 72 Jahren an Lähmung.
- München.** (Bezirk Schlichthaus.) Am 7. Mai starb unser Kollege **Franz Weirather** im Alter von 61 Jahren an Herzleiden.
- Neubamm.** Am 15. Mai starb unser Kollege **Herm. Lucke** aus Dacmichel im 25. Lebensjahre an Lungentuberkulose.
- Nürnberg-Girch.** Am 7. Mai ging der 48 Jahre alte Kollege **Joh. Meier** in der Dunkelheit von der Arbeitsstelle nach Hause. Infolge Kurzsichtigkeit fiel er von Posthof durch einen Fehltritt in die Wagnis und ertrank. Sein Leichnam wurde erst am 15. Mai geborgen.
- Stuttgart.** Am 11. Mai starb unser Kollege **Julius Treiber** im Alter von 42 Jahren an der Prostatierkrankheit. — Am 13. Mai starb unser Kollege **Josef Geisinger** im Alter von 35 Jahren durch Sturz vom Gerüst. — Am 18. Mai starb nach langer Krankheit unser Kollege **Louis Bromm** im Alter von 51 Jahren an Asthma. — Am 14. Mai starb unser Kollege **Friedrich Maier** im Alter von 18 Jahren an Tuberkulose. Ehre ihrem Andenken!

Localbeamter gesucht.

Der Zweigverein Bremerhaven sucht zum 1. Juli einen Localbeamten. Bewerber müssen fünf Jahre organisiert und mit der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung vollständig vertraut, auch rednerisch befähigt sein. Sie haben einen kurzen, selbstgeschriebenen Lebenslauf sowie einen Auslass über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 1. Juni unter der Aufschrift „Bewerbung“ an das Bureau des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Bremerhaven, Bremerhaven, Deich 51/55, zu richten. [M. 4,20] Die Anstellungskommission.

Heinrich Eickhoff, Maurer aus Deichhausen 6, Delmenhorst, wird gebeten, sofort nach Hause zu kommen, weil seine Mutter schwer krank ist. [M. 1,50]

Der Vorstand des Zweigvereins Delmenhorst.

Karl Pretzel, Maurer aus Hamburg, 35 Jahre alt, wird von seinem Bruder **Ernst Pretzel,** Hamburg, Alsterstr. 29, 2. Et., gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, werden gebeten, die Adresse an Nikolaus Böschchen, Bremen, Drafenburger Straße 8, zu senden. [M. 2,40] Die Redaktion.

Aug. Reschko genannt **Böschchen,** Maurer, geboren am 2. Juni in Leipzig (Verb.-Nr. 32 951), und **Heinrich Böschchen,** Maurer, geboren 1881 in I. Dezember 1911 von Rom abgereist, werden ersucht, ihre Adresse an ihre Eltern zu senden. Kollegen, die ihren Aufenthalt kennen, werden gebeten, die Adressen an Nikolaus Böschchen, Bremen, Drafenburger Straße 8, zu senden. [M. 2,40]

Georg Rübner, Hilfsarbeiter, geb. 7. Juni 1878 in Leipzig (Verb.-Nr. 32 951), wird ersucht, seine Adresse den Kollegen **Fritz Schulze** und **Ernst Weber** an den Vorstand des Zweigvereins Recklinghausen, Gr. Geldstr. 15, mitzuteilen. [M. 1,50]

Johann Wegener, Hilfsarbeiter, geboren am 9. Mai 1884 zu Darmstadt (Verb.-Nr. 152 640), wird aufgefordert, sofort seine Adresse an den Vorstand des Zweigvereins Samm i. B. zu senden. Wer seine Adresse weiß, wolle sie an **Peter Röttgen,** Samm i. B., Königstr. 37a mitteilen. [M. 1,80]

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstandsber., K Kassierer, L Werkzeuggestalt, H Herberge, RZ Dienstvermittlung wird ausgesetzt bei.)

- Sohnewald.** V Fr. Schneider, Höpen 21; K Albert Dresler, Bergstr. 1.
- Uerach.** K Philipp Franz, Untereckstr. 17, 3. Et.
- Wemar.** V Otto Kronemann, Bahndorferstr. 23, 2. Et.; K Waldm. Verbig, Wilhelmstraße 26, 1. Et.
- Zwickau.** V Hermann Berger, Brückenstr. 15.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

- Versammlungen der Zweigvereine.** Sonntag, den 26. Mai.
- Lychen.** Nachm. 4 1/2 Uhr bei Robert Dethow.
- Montag, den 27. Mai.**
- Driesen.** Nachm. 2 Uhr im Lokale des Herrn Gähldt.
- Mittwoch, den 29. Mai.**
- Berlin.** (Stollberg.) Abends 8 1/2 Uhr bei Wille, Sebastiansstr. 89, L.-D. Bericht von den zentralen Verhandlungen.
- Donnerstag, den 30. Mai.**
- Gassen i. d. N.-L.** Abends 8 1/2 Uhr (Wetzberg). L.-D.: Schriftführerwahl. Sommervergnügen.
- Pinneberg.** Abends 8 1/2 Uhr im Lokale von Johs. Diebe (Herberge).
- Sonntag, den 2. Juni.**
- Bartenstein.** Im Vereinslokal. Vöher mitbringen.
- Bayreuth.** Vorm. 9 Uhr in der „Zentralhalle“.
- Lehlnn.** Nachm. 3 Uhr bei Täge. Wichtige Tagesordnung.
- Neustadt a. d. H.** Vorm. 10 Uhr bei Krug.
- Salzwedel.** Nachm. 4 Uhr bei Konr. Mant. L.-D.: Stützungsleh. Kartellgericht. Berichtlesen.
- Wittstock.** Nachm. 2 Uhr in Wörmanns Lokal. Mitgliedsbücher mitbringen.
- Dienstag, den 4. Juni.**
- Sommerfeld.** Abends 8 Uhr im „Kurfürsten“. Vöher mitbringen.
- Mittwoch, den 5. Juni.**
- Berlin.** (Robrecht.) Abends 8 1/2 Uhr im Saal 10 des Generalkassensaal, Engelstr. 15. L.-D.: Stützungsleh. zum Vertragsabschluss.
- Sonntag, den 16. Juni.**
- Neustadt a. d. H.** (Wipf.) Vorm. 10 Uhr bei Karl Fietz.
- Zentralkrankenasse der Maurer usw.** Sonntag, den 2. Juni.
- Lehlnn.** Nachm. 2 Uhr bei Täge. Der Posttag am ersten Feiertag fällt aus.

Fritz Hartwig, Maurer, geb. 1891 zu Schöningen (Kreis Helmstedt), wo steckt Du? Sende Deine Adresse an **Hermann Otte,** Luthof b. Dokerup (Str. Apenrade), bei Peter Hansen. [M. 1,20]

Aug. Rosenbaum, der 1911 am Schlachthof in bringend ersucht, seine Adresse den Kollegen **Franz Huse,** Gelsenkirchen, Rothhauser Straße 40, 1. Et., mitzuteilen. Er soll als Zeuge vernommen werden. [M. 1,80]

Wilh. Schulz, Maurer, der 1911 auf der Kolonie **Schöben b. Wier i. B.** arbeitete, wird dringend ersucht, seine Adresse dem Bauarbeiter **Franz Schmidt,** Gelsenkirchen, Karolinenstr. 36, mitzuteilen. Er soll als Zeuge vernommen werden. [M. 1,80]

Der Vorstand des Zweigvereins Gelsenkirchen.